

LEO HAUPTS

DIE BLOCKPARTEIEN IN DER DDR UND DER 17. JUNI 1953¹

I. Die Blockparteien in der Phase des „planmäßigen Aufbaus des Sozialismus“

Die durch jüngste Forschungen und Archivreise aufgehellte Parteikonferenz der SED vom 9.–12. Juli 1952 markiert in der Geschichte der DDR einen Wendepunkt. Hier wurde der zuvor vom ZK-Plenum der SED beschlossene, nach einer Anfrage in Moskau von Stalin genehmigte „planmäßige Aufbau des Sozialismus“ in der DDR bestätigt. Die DDR-Führung nutzte den ihr in einer Konferenz am 1. und 7. April in Moskau (noch vor der zweiten Stalinnote an die Westmächte) erteilten Auftrag zur Aufrüstung² und forcierten Aufstellung nationaler Streitkräfte³ zur grundlegenden und tiefgreifenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umgestaltung⁴ der DDR nach dem Vorbild der Sowjetunion. Konkret hieß das: Verschärfter Klassenkampf wurde mit Kollektivierung der Landwirtschaft, weitgehender Zurückdrängung von Unternehmern und Handwerkern und der Isolierung der Kirchen eingeleitet; ferner wurde die Umorganisation des Staates durch Abschaffung der Länder und durch Veränderung der Gerichtsverfassung mit einer Fülle von Gesetzen und Verordnungen betrieben⁵.

¹ Den Mitarbeitern des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung (IfGA), Berlin, des Archivs für Christlich Demokratische Politik (ACDP), St. Augustin, und des Archivs des Deutschen Liberalismus (ADL), Gummersbach, danke ich für die bereitwillig eröffnete Möglichkeit, in die einschlägigen Parteiakten Einblick zu nehmen.

² Wilhelm Pieck notierte dazu: „Pazifistische Periode ist vorbei“; vgl. Aufzeichnungen Piecks, in: Dietrich Staritz, Die SED, Stalin und der „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR, in: Deutschland-Archiv 24 (1991), S. 686–700, hier: S. 696; Mechthild Lindemann, Die Haltung der Sowjetunion zur Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in das westliche Bündnissystem, 1949–1955, in: Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft (künftig: HMRG) 4 (1991), Heft 1, S. 23–49. Ferner: II. Parteikonferenz der SED und die Folgen, in: DDR-Lesebuch. Bd. 2: Stalinisierung, 1949–1955, hrsg. von Ilse Spittmann/Gisela Helwig, Köln 1991, S. 152–180; Wilfriede Otto, Sowjetische Deutschlandnoten. Stalin und die DDR. Bisher unveröffentlichte handschriftliche Notizen Wilhelm Piecks, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (künftig: BzG) 33 (1991), S. 374–389.

³ Die besonderen Probleme werden sichtbar im Nachlaß Grotewohl, Akte: Aufbau bewaffneter Streitkräfte – Pläne, Vollzugsberichte, Situationsanalysen, in: IfGA.ZPA. NL 90/449.

⁴ Vgl. Staritz, Die SED, S. 696.

⁵ Noch am 14. 5. 1953 wurde der u. a. als Folge der Konzentration auf die Schwerindustrie notwendige, als 10 % Normenerhöhung bekannt gewordene Beschluß des ZK „Über die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und die Durchführung strengster Sparsamkeit“ erlassen.

Von dem verkündeten „planmäßigen Aufbau des Sozialismus“ waren die Blockparteien, besonders die 1945 gegründete CDU und die LDP, die hier wegen ihres recht ähnlichen Schicksals in der DDR vergleichend betrachtet werden, elementar betroffen. Sie hatten sich 1945 der Anregung der KP folgend dem Block der „antifaschistischen-demokratischen Parteien“ angeschlossen, der die „Überreste des Hitlerfaschismus“ beseitigen sollte. In einer Phase, in der – sowjetischen Auffassungen entsprechend – das „Sowjetsystem“ nicht einfach aufgezwungen werden konnte⁶, sollten die Blockparteien an „der Aufrichtung einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“ mitwirken. Der zunächst von der KP, dann von der SED (unter massiver Unterstützung durch die Sowjetische Militäradministration) dominierte Block war bis 1950, wie hier im einzelnen nicht dargestellt werden kann, längst zum Instrument der Machtdurchsetzung der SED geworden⁷. Der Block war durch zwei künstlich ins Leben gerufene Parteien – die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDP) und die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) – und die Einbeziehung der SED-lastigen sogenannten Massenorganisationen erweitert und marginalisiert⁸. Die „Nationale Front“, die sich parteiübergreifend der Propagierung der „nationalen Ziele“ der SED widmen sollte, rekrutierte sich nochmals aus Parteien und Massenorganisationen⁹. Die „bürgerlichen“ Parteien selbst waren durch massive personelle und organisatorische Eingriffe weitgehend zu „Transmissionsorganen“ geworden, d. h. zu Organisationen, deren wesentliche Aufgabe darin bestand, die politischen Zielsetzungen der Staatsführung in soziale Schichten und weltanschauliche Gruppierungen zu tragen, die die SED als Partei der Arbeiterklasse nicht oder nur schwer erreichen konnte¹⁰. Die Blockparteien waren mit Ministern und Staatssekretären an der Regierung beteiligt, trugen also die Mitverant-

⁶ Gründungsauftrag der KP vom 11. 6. 1945, in: Ossip K. Flechtheim (Hrsg.), Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Hamburg 1973, S. 292ff. Zum Block vgl. Siegfried Suckut, Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945–1949. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfront-Ausschusses, Köln 1986; ders., Block-Ausschüsse, in: SBZ-Handbuch, hrsg. von Martin Broszat/Hermann Weber, München 1990, S. 595–618.

⁷ Dazu Karl Wilhelm Fricke, „Die Akten lagen dem ZK vor“ – Gesetzesverletzungen in eigener Sache, in: DDR-Lesebuch. Bd. 2, S. 64–67; Wolfgang Schollwer, Säuberung der LDP, in: Ebenda, S. 20–24. Für die Entwicklung der Ost-CDU vgl. Michael Richter, Die Ost-CDU 1948–1952, Zwischen Widerstand und Gleichschaltung, Düsseldorf 1990; Hermann Weber (Hrsg.), Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR, Köln 1982.

⁸ Im Juli 1953 gehörten von den 137 867 CDU-Mitgliedern 64,2 % dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB), 70,5 % der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB), 18,8 % der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF), 38,9 % der Freien Deutschen Jugend (FDJ), 16,7 % dem Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD), an; bei den 119 071 LDP-Mitgliedern waren es 42,1 % FDGB, 10,1 % VdgB, 23,8 % DSF, 4,8 % FDJ, 7,8 % DFD, 5,9 % Kulturbund. Die Zahl der zentralen, regionalen und örtlichen Sitzungen des Blocks nahm seit 1952 rapide ab.

⁹ Auf die Betätigung der Parteien bzw. ihrer Mitglieder in der „Nationalen Front“ kann nicht eingegangen werden.

¹⁰ Suckut, Blockpolitik, S. 23–49.

wortung für deren Politik. In Einheitswahlen sollte die Regierungspolitik eine schein-demokratische Legitimierung finden¹¹.

Der in der neuen Phase nach 1952 einsetzende „planmäßige Aufbau des Sozialismus“, zu dem die SED die ausdrückliche Zustimmung der Blockparteien wünschte, stellte, wie das etwa eine Analyse der Abteilung Leitende Organe der Partei und Massenorganisationen im ZK¹² klar erkannte und differenziert beschrieb, die Ost-CDU und die LDP vor die schockartig wirkende Einsicht, daß der Sozialismus nicht mehr Fernziel sei, sondern „unmittelbare Wirklichkeit“ werden solle. Das führte zu tiefgreifenden Auseinandersetzungen – in der CDU zur Spaltung zwischen dem Parteiapparat (auch in den Landes- bzw. Bezirksverbänden), der dem neuen Kurs der SED „einmütig“ zustimmte, und den Mitgliedern¹³, in der LDP zu tiefen Zerwürfnissen, die bis in den zentralen Parteivorstand reichten¹⁴. Aus der Sicht der SED resultierte der Widerstand gegen die CDU-Parteiführung vor allem aus der sozialen Zusammensetzung (Selbständige, Angestellte, Bauern – etwa 30 %) und dem Einfluß der „reaktionären“ Kirchenleitungen (besonders in Thüringen)¹⁵. Die Position der CDU stellte sich jedoch im Vergleich zur LDP relativ günstig dar, „da sie bisher schon viel vom ‚Sozialismus in christlicher Verantwortung‘ gesprochen hat“. Allerdings – so fährt die Analyse fort – „wird es jetzt (. . .) notwendig sein, ihren Mitgliedern klar zu machen, was Sozialismus in Wirklichkeit ist“¹⁶. Zur Illustration der Unklarheiten, die bei vielen Mitgliedern der CDU über die führende Rolle der Arbeiterklasse bestand, wird ein CDU-Bericht zitiert, in dem es heißt: „Heute noch befindet sich die Mehrzahl unserer Mitglieder in einer Scheinvorstellung von einer objektiven Gleichberechtigung der Parteien im Zeichen des Blockgedankens.“ Das war allerdings gekoppelt mit der Be-

¹¹ Richter, Die Ost-CDU, S. 241 ff.

¹² „Bericht über die Lage in den anderen Parteien nach der II. Parteikonferenz“ im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/503, Bl. 130–141, hier: Bl. 131.

¹³ Richter, Die Ost-CDU, S. 289–334; Suckut, Die Entscheidung zur Gründung der DDR. Die Protokolle der Beratungen des SED-Parteivorstandes am 4. und 9. Oktober 1949; in: VfZ 39 (1991), S. 125–175, hier: S. 140f.

¹⁴ „Bericht über die Lage der anderen Parteien nach der II. Parteikonferenz“ im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/503, Bl. 130, 138f.; Durchschrift der Abteilung Leitende Organe, Anlage zur „Vorlage an das Politbüro des Zentralkomitee“ vom 28.1. 1953 im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/504, Bl. 63 f., 66 (stärkere Kontrolle von Dr. Loch und Täschner); zu den Differenzen in der LDP vgl. Durchschrift eines Briefs von Dieckmann an Dr. Loch und Täschner vom 26. 1. 1953 im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/510, Bl. 363 f., und „Hausmitteilung für Gen. Schön“ vom 14. 3. 1952; Betr. Besprechung mit dem Generalsekretär der LDP, Herrn Täschner“, in: Ebenda, Bl. 379 f. Ferner: Abteilung Leitende Organe „Vorlage an das Sekretariat des ZK. Betr. Vorbereitung des 5. Parteitages der LDP“ vom 4. 5. 1953, in: IfGA.ZPA. IV 2/15/65.

¹⁵ Zur Auseinandersetzung der CDU mit den Kirchen vgl. Liste „fortschrittlicher“ Pfarrer, in: ACDP VII 013 A 1808; ferner A 0855/0815/0873; Richter, Die Ost-CDU, S. 328 ff.

¹⁶ Abteilung Leitende Organe „Bericht über die Lage in den anderen Parteien nach der II. Parteikonferenz“ im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/504, Bl. 131. Zu den programmatischen Aussagen der CDU im „christlichen Realismus“ vgl. Richter, Die Ost-CDU, S. 318. Aus der Sicht des Beteiligten: Günther Wirth, Die Beteiligung der CDU an der Umgestaltung der DDR in den fünfziger Jahren, in: Kirchliche Zeitgeschichte 3 (1990), S. 125–151, hier: S. 131 ff.

fürchtung, die in dem zitierten CDU-Bericht ebenfalls geäußert wurde, „ob nicht der Gang der politischen Entwicklung früher oder später zur Liquidierung der Parteiorganisation und des Christentums überhaupt führen wird“¹⁷.

Die LDP sah sich aufgrund der sozialen Zusammensetzung ihrer Mitglieder und wegen des „jetzigen“ Parteiprogramms, das mit dem Aufbau des Sozialismus unvereinbar schien, vor dem Auseinanderbrechen. Angesichts der ungelösten Frage nach den Existenzmöglichkeiten für Unternehmer, Handwerker, Gewerbetreibende¹⁸ stand der Parteivorstand ratlos vor der Aufgabe, „wie das Kleinbürgertum [!] am Aufbau des Sozialismus beteiligt werden kann“¹⁹; Vorstandsmitglieder trugen sich mit dem Gedanken, den Namen der Partei zu ändern, während die Mitglieder eher meinten, „bei einer konsequenten Weiterentwicklung der Politik der DDR“ sei die LDP doch nur ein Hemmschuh, sei für die LDP kein Platz mehr. Viele gaben auf. „Die Interesselosigkeit der Mitglieder zeigt[e] sich unter anderem darin, daß im November 1952 nur 3,4 % [bei der CDU im Vormonat immerhin noch 16 %; Anm. d. Verf.] an Parteiveranstaltungen teilnahmen“, wie man in der SED wußte. In den ersten sechs Monaten des Jahres 1953 stieg die Gesamtzahl der Abgänge an Mitgliedern – ohne Berücksichtigung der Neueintritte – auf 16 703; das waren 12,5 % der Gesamtmitgliederzahl, die schon zuvor beträchtlich geschwächt worden war. Die Verluste der CDU im gleichen Zeitraum waren geringer, nämlich 11 461, was 7,6 % der Gesamtmitgliederzahl entsprach²⁰. Führende Funktionäre der LDP wie Dieckmann²¹, der Präsident der Volkskammer, Dr. Loch²², der Finanzminister in der Regierung der DDR und Parteivorsitzender, Täschner²³, der Generalsekretär, zerstritten sich über die Frage, wie der LDP-Mitgliedschaft das Bekenntnis zum Aufbau des Sozialismus abzugewinnen sei und welches Gewicht der LDP bei der Besetzung der staatlichen Stellen in den neuen Bezirken zukommen müsse. Der Generalsekretär, vom Politischen Ausschuß des Zentralvorstandes der LDP im Juli 1952 mit Weisungsbefugnis gegenüber allen Parteistellen und -funktionären ausgestattet, konnte nur noch das äußere, formale Funktionieren der Parteiorgane aufrechterhalten. Die Abteilung Leitende Organe hielt am 26. Januar 1953 zur LDP fest: „Die Arbeit in den Blockausschüssen ist ebenfalls formal [wie zuvor von anderen Bereichen festgestellt war; Anm. d. Verf.]. Ihre Vertreter sind meist bei den Sitzungen anwesend und stimmen

¹⁷ „Bericht über die Lage in den anderen Parteien nach der II. Parteikonferenz“ im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/503, Bl. 140.

¹⁸ Über 20 % der LDP-Mitglieder.

¹⁹ „Bericht über die Lage der anderen Parteien nach der II. Parteikonferenz“ im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/503, Bl. 130.

²⁰ Die SED verlor *im ganzen Jahr 1953* (ohne Berücksichtigung der Zugänge) 80345 Mitglieder und Kandidaten = 6,5 % der Gesamtmitglieder. Vgl. statistische Übersichten in: IfGA.ZPA. IV 2/5/1372.

²¹ Johannes Dieckmann, * 1893, Parteisekretär, später Generalsekretär der Deutschen Volkspartei (DVP) für den Bezirk Niederrhein, Hannover und Sachsen. Mitbegründer der LDP, seit 1949 stellvertretender Vorsitzender der LDP. 1949 Abgeordneter und Präsident der Volkskammer.

²² Dr. Hans Loch, * 1898, Jurist, Finanzminister der DDR seit 1949. 1951–1952 mit Dr. Hamann Vorsitzender der LDP, seit 1952 Alleinvorsitzender.

²³ Herbert Täschner, * 1916, Verwaltungsangestellter. Leiter des Verlages „Lied der Zeit“. 1950–1954 Generalsekretär der LDP.

den Beschlüssen zu. Sie unternehmen jedoch nichts, um ihre Mitglieder für deren Durchführung zu mobilisieren.“²⁴ Erst am 28. Mai 1953 kam es auf dem 5. Parteitag der LDP in Dresden zu der sehr allgemeinen programmatischen Aussage, „unsere grundsätzliche Überzeugung gebietet (. . .), für den Fortschritt der Menschheit [der sich im Sozialismus manifestiere; Anm. d. Verf.] einzutreten“.

Die desolante Lage der Blockparteien CDU und LDP brauchte die SED-Führung nicht zu beunruhigen, denn die Abteilung Leitende Organe des ZK, der sie nunmehr direkt zugeordnet werden sollten²⁵, hatte die Blockparteien fest im Griff²⁶. Für die zentrale Ebene galt, daß mit den Generalsekretären „sowie mit einigen Mitgliedern“ der Vorstände regelmäßig (alle 14 Tage und im Herbst 1953 häufiger) Besprechungen stattfanden²⁷. Für die SED-Bezirke und -Kreise wurde das nun ebenso ausdrücklich angeordnet²⁸. „Wir erhalten“, so hieß es in einem SED-Bericht lapidar, „von ihnen laufend Materialien, sowie eine Aufstellung ihrer Vorstände, bis in die Kreise, mit einer Charakteristik dieser Vorstandsmitglieder.“²⁹ Über die personelle Entwicklung, die politischen Aktivitäten der bürgerlichen Parteien und die Zielvorstellungen ihrer Leitungen war die SED schon durch das Berichtswesen der Blockparteien gründlich orientiert³⁰. Hinzu kam eine massive und ständige Beeinflussung durch das ZK. Man in-

²⁴ Abteilung Leitende Organe, „LPD“ (zusammenfassende Analyse) 26. 1. 1953 im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/504, Bl. 65. Zum Zerfallsprozeß in der LPD vgl. „Die Haltung der Funktionäre und Mitglieder der LDP zu den Fragen des Kampfes um den Frieden und die nationale Einheit eines demokratischen Deutschland sowie den Aufbau des Sozialismus“ (o. D., Ende 1952) in Abteilung Befreundete Organisationen, in: IfGA.ZPA. IV 2/15/3, Bl. 11.

²⁵ „Vorlage für das Politbüro“ vom 28. 1. 1953, Punkt 2, im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/504, Bl. 54.

²⁶ Die Vorlage vom 28. 1. 1953 regte u. a. die „rasche Liquidierung der Betriebsgruppen anderer Parteien“ an. Der Politische Ausschuß des CDU-Vorstandes beschloß am 12. 5. 1953 die Auflösung der CDU-Betriebsgruppen zum 31. Mai mit der fadenscheinigen Begründung, sie „stellen ein organisatorisches Hemmnis der Parteiarbeit dar“. Vgl. Vorlage des Politischen Ausschusses der CDU vom 12. 5. 1953: „Direktive zur Arbeit der Betriebsgruppen“, in: IfGA.ZPA. IV 2/15/3. Nach entschiedenem Widerstand der CDU-Betriebsgruppen mußte die SED die Gruppen jedoch zunächst tolerieren.

²⁷ „Bericht über die Lage in den anderen Parteien nach der II. Parteikonferenz“ im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/503, Bl. 133 f. Dazu „Aktennotizen über Besprechungen der Abteilungsleitung (Abteilung Befreundete Organisationen) mit Vertretern der CDU“, in: IfGA.ZPA IV 2/15/6. Protokolle von Tagungen und Dienstbesprechungen der CDU-Führung, in: Ebenda, 2/15/37.

²⁸ „Direktive an die Sekretariate der Bezirksleitungen. Betr. Maßnahmen zur Weiterführung der Blockarbeit“, o. D. (Januar 1953) im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/504, Bl. 55 ff.

²⁹ Ende 1952 wird der Generalsekretär (der SED) darüber unterrichtet, daß die „fortschrittlichen“ Funktionäre registriert seien, jedoch die Unterlagen zur Einschätzung noch ergänzt werden müßten. „Punkt VI. Aus dem Bericht für den Generalsekretär. Registrierung fortschrittlicher Funktionäre“, in: IfGA.ZPA. IV 2/15/3.

³⁰ Seit September 1952 mußte in der LDP jeder Ortsverband bis zum 25., jeder Kreisverband bis zum 30. jeden Monats, jeder Bezirksverband bis zum 10. des nächsten Monats an die jeweils höhere Instanz eine differenzierte statistische Aufstellung mit eingehender Kommentierung übersenden. Der Generalsekretär faßte die Berichte zu einem monatlichen Gesamtbericht für das ZK der SED zusammen; vgl. Berichtsbogen der LDP und Analysen zu den einzelnen Monaten, in: ADL D XIX b 15770 a. In der CDU war das Berichtswesen ähnlich organisiert; vgl. Planberichte der Christlich-De-

struierte die „fortschrittlichen“ Kräfte innerhalb der Parteien und konnte so „den Differenzierungsprozeß, der z. Zt. in diesen Parteien vor sich geht, positiv lenken“, d. h. die Isolierung und Eliminierung der aus SED-Sicht hinderlichen reaktionären Kräfte vorwärtstreiben³¹.

Im übrigen bestand kein Zweifel über den minderen Rang, der den bürgerlichen Parteien und den von ihnen repräsentierten Bevölkerungsschichten im sozialistischen Staat auf die Dauer zuzumessen war: „Kulaken (d. h. selbständige Bauern) und Mittelständler sind nicht die ökonomischen Stützen, sondern wichtige Glieder – Stützen (sind die) Arbeiterklasse und werkt. Bauern“, notierte Grotewohl am 13. Juni 1953³².

II. Zu den Juni-Ereignissen von 1953

Anfang Juni 1953 trat für die SED-Führung ein jäher Umschwung ein. Er sollte ihr nicht nur das bisher ignorierte Ausmaß der wirtschaftlichen und politischen Belastungen der Bevölkerung vor Augen führen, sondern auch deren elementare Unzufriedenheit und damit zugleich die Brüchigkeit des ganzen Systems. Das SED-Regime wurde – wie hier nur mit einigen, die gängigen Vorstellungen vom Arbeiteraufstand des 17. Juni allerdings stark modifizierenden Strichen angedeutet werden kann – in seinen Grundfesten erschüttert³³. Dieser Prozeß wurde ausgelöst oder erhielt zumindest seine entscheidende Beschleunigung, als die neue sowjetische Führung einer Dreierdelegation des Politbüros des ZK der SED (Ulbricht, Grotewohl, Oelfner) am 2., 3. und 4. Juni 1953 in Moskau anhand eines Memorandums ihren Beschluß mitteilte, „Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik“ einzuleiten³⁴. Die Lage in der DDR wurde von der Sowjetunion, die über

mokratischen Union Deutschlands, in: ACDP VII 013 A 2181. SED-Unterlagen in Akte: „Situation in den befreundeten Parteien“, in: IfGA.ZPA. IV 2/15/3 und „Quartals-Monatsstatistiken, Analysen und Einschätzungen der Mitgliederbewegung“ (in den Blockparteien), in: Ebenda, IV 2/15/Bde. 56–64.

³¹ „Bericht über die Lage in den anderen Parteien nach der II. Parteikonferenz“ im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/503, Bl. 134. Grotewohl hatte schon am 9. 10. 1949 in der Parteivorstandssitzung der SED für die Blockpolitik ausgeführt, man müsse „mit den fortschrittlichen und gutgewillten Kräften gut und fortschrittlich zusammenarbeiten, aber die reaktionären Kreise in den Reihen dieser Kontrahenten absondern und wahrscheinlich in nicht allzuferner Zeit aufs Haupt schlagen“; zitiert nach: Suckut, Entscheidung, S. 170.

³² Handschriftliche Notizen Grotewohls zur Sitzung des Politbüros am 13. 6. 1953, 2. Absatz, Punkt 22 im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/699, alte Zählung Bl. 64.

³³ Dazu Arnim Mitter, Die Ereignisse im Juni und Juli 1953 in der DDR. Aus den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 5 vom 25. 1. 1991, S. 31–41; ders., Die gescheiterte Revolution, in: TAZ 10., 12. und 16. 7. 1991; Heidi Roth, Der 17. Juni im damaligen Bezirk Leipzig, in: Deutschland-Archiv 24 (1991), S. 573–584; Philippe Garabiol, Berlin, 17 Juin 1953. Une première tentative de réunification de l'Allemagne, in: Revue d'histoire diplomatique 104 (1990), S. 57–75.

³⁴ Nach Vorlagen aus dem Nachlaß Grotewohl veröffentlicht: Rolf Stöckigt, Ein Dokument von großer historischer Bedeutung vom Mai 1953, in: BzG 32 (1990), S. 648. Aufgrund einer späteren Überset-

eigene Informationsquellen verfügte, offenbar als äußerst kritisch angesehen. In der Besprechung vom 3. Juni 1953 erläuterte etwa Malenkow nach den Aufzeichnungen Grotewohls³⁵: „Nicht Prestige fürchten; wenn wir jetzt nicht korrigieren kommt eine Katastrophe“ und – nachdem er auf die Schwenkung Lenins zur NEP-Politik 1921 Bezug genommen hatte – „Man muß *schnell* handeln“. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung manifestiere sich – so die Aussage des Memorandums – in der Massenflucht³⁶. Das Dokument sprach von 120 000 Personen, die allein in den ersten vier Monaten des Jahres 1953 das Land verlassen hatten, davon allein 18 000 Arbeiter, 17 000 Angestellte und Angehörige der Intelligenz, 8000 Angehörige der Kasernierten Volkspartei (KVP). Eine klare „Wendung“, nicht nur eine Reform, wurde gefordert. „Rasch und kräftig korrigieren“, meinte Berija³⁷.

Es sollte deutlich gemacht werden, daß die Politik des „beschleunigten Aufbaus des Sozialismus“ in der DDR falsch gewesen sei. Im einzelnen wurden u. a. für notwendig erachtet: die Einstellung der „künstlichen Ausbreitung der Produktionsgenossenschaften“, die Aufgabe der „Politik der Einschränkung und Verdrängung des mittleren und kleinen Privatkapitals“ und statt dessen die Förderung der kleinen Unternehmer, die Stärkung der Konsumgüterindustrie und die Hebung der Versorgung der Bevölkerung (u. a. zur Abschaffung des Kartensystems), die Senkung administrativer Kosten und die Gewährung von Bürgerrechten. Ferner sollte das „nackte Administrieren“, das auf allen Ebenen zum Inbegriff für das Fehlverhalten der Institutionen der Partei und des Staates geworden war, aufgegeben werden. Weiter hieß es: „Alle Maßnahmen, die die unmittelbaren Interessen der Kirche und der Geistlichkeit einengen, sind aufzuheben.“ Breite Schichten der Bevölkerung sollten durch politische Arbeit gewonnen werden. In diesem Zusammenhang wurde auch „die bedeutende Stärkung der Rolle des Blocks der demokratischen Parteien“ verlangt. Diese von Moskau verlangte Wen-

zung: Peter Przybylski, Tatort Politbüro. Die Akte Honecker, Berlin 1991, S. 240 ff. Zu den *Beratungen in Moskau* handschriftliche Aufzeichnungen Grotewohls im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/699, Bl. 33–38; Protokoll der außerordentlichen Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees der SED am 5. 6. 1953, in: IfGA.ZPA. IV 2/2/286, Bl. 4 ff. Dazu auch Rudolf Herrstadt, Das Herrstadt-Dokument, Das Polit-Büro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953, hrsg. von Nadja Stulz-Herrstadt, Reinbek 1990, S. 57 f.; Protokoll und Aufzeichnungen Grotewohls, Herrstadts und Eberts zu der Sitzung des Politbüros vom 6. 6. 1953 bei Elke Scherstjanoi, „Wollen wir den Sozialismus?“ Dokumente aus der Sitzung des Politbüros des ZK der SED am 6. Juni 1953, in: BzG 33 (1991), S. 658–680, hier: S. 659 ff. Handschriftliche Notizen zur Sitzung des Politbüros vom 13. 6. 1953 im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/699, Bl. 69 f.

³⁵ Handschriftliche Aufzeichnungen Grotewohls zu den Gesprächen vom 3. 6. 1953 im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/699, Bl. 34.

³⁶ Kaganowitsch am 3. 6. 1953: „schlimm ist Republikflucht“, in: Ebenda, NL 90/697, Bl. 34. Zur Auseinandersetzung der SED mit der Fluchtbewegung zuvor: „Bericht über die Republikflucht im März 1953“, 22. 4. 1953, Abteilung Staat und Recht, in: IfGA.ZPA. IV 2/13/394; Christoph Buchheim, Wirtschaftliche Hintergründe des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953, in: VfZ 38 (1990), S. 415–458.

³⁷ Besprechung vom 3. 6. 1953 nach handschriftlichen Aufzeichnungen Grotewohls, in: IfGA.ZPA. NL 90/699, Bl. 34. Die Haltung Berijas bleibt unklar. (Ebenda, Bl. 98 ff.) Zu Berijas Rolle in der sowjetischen Deutschlandpolitik: Lindemann, Die Haltung der Sowjetunion, S. 39.

derung bedeutete nichts anderes als die völlige Bankrotterklärung der bisherigen Politik der SED³⁸.

Die SED-Führung stand vor dem Dilemma, unverzüglich die einzelnen, von der UdSSR geforderten und von ihr selbst uneingeschränkt als notwendig erachteten Maßnahmen umzusetzen, und zwar unter aktiver Teilnahme des aus Moskau als Hoher Kommissar in die DDR zurückgekehrten Semjonow und anderer Berater der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland (SKK)³⁹. Darüber hinaus legte ihr die sowjetische Führung nahe, nach dem Vorbild Lenins⁴⁰ eine „offene Korrektur“ zu vollziehen. „Nicht Prestige fürchten“, sagte Malenkov. „So viele Fehler darum so korrigieren, daß ganz D(Deutschland) es sieht“, forderte Molotow⁴¹. Das sowjetische Vorgehen zielte – wie nur kurz angedeutet werden kann – auf eine massive Beeinflussung der Bundestagswahl von 1953 und auf den Sturz der Regierung Adenauer ab, der u. a. durch Unterstützung der SPD und anderer westdeutscher Oppositionsparteien und durch den Abbau der von den DDR-Flüchtlingen immer neu angefachten antisowjetischen Haltung in der westdeutschen Bevölkerung erreicht werden sollte⁴². Da in der Öffentlichkeit die Anstöße der sowjetischen Führung, die intern ihrerseits eine Mitschuld an der desolaten Entwicklung in der DDR eingestand und bedeutende Zugeständnisse für die Konsolidierung der Wirtschaft der DDR machte⁴³, nicht erkennbar werden durften, blieb nach Lage der Dinge kaum etwas anderes übrig, als einzugestehen, daß die bedrückende Lage in der DDR das Ergebnis von Fehlentscheidungen der SED sei, die korrigiert werden müßten⁴⁴.

Die Korrektur sollte einschneidend, unvermittelt und sofort erfolgen. Der Chefredakteur des „Neuen Deutschland“, Herrstadt, selbst Kandidat des Politbüros und an den Beratungen beteiligt, der die Veröffentlichung des Kommuniqués des Politbüros vom 9. Juni 1953 wegen der zu erwartenden Schockwirkung um vierzehn Tage hinauszögern wollte, erhielt von Semjonow – wenn wir seinem Bericht glauben können – die schroffe Antwort: „In vierzehn Tagen werden Sie vielleicht schon keinen Staat mehr haben.“⁴⁵ In dem Kommuniqué, das das „Neue Deutschland“ am 11. Juni 1953 publizierte, stand zu lesen: „Das Politbüro ging [bei der Zurücknahme einer Vielzahl

³⁸ Was die sowjetische Zielsetzung anging, blieb zweifelhaft: 1. ob die Liquidierung des sozialistischen Systems in der DDR überhaupt oder lediglich der Abgang von dessen „beschleunigtem Aufbau“ gemeint war. Vgl. Scherstjanoi, „Wollen wir den Sozialismus?“, S. 658 f.; 2. welches die deutschlandpolitischen Ziele der Sowjetunion waren. Vgl. Lindemann, Die Haltung der Sowjetunion, S. 38.

³⁹ Herrstadt, Das Herrstadt-Dokument, S. 61.

⁴⁰ Michael Heller/Alexander Nekrich, Geschichte der Sowjetunion, Bd. 2: 1940–1980, Frankfurt a. M. 1985, S. 108.

⁴¹ Zur Deutschlandpolitik vgl. Lindemann, Die Haltung der Sowjetunion, S. 38 f.

⁴² Keine Flüchtlinge – Resultat der Misere in der DDR – sollten als „Propagandisten“ gegen das sozialistische Lager auftreten können, so Herrstadt. Notizen aus der Sitzung vom 6. 6. 1953, zitiert nach: Scherstjanoi, „Wollen wir den Sozialismus?“, S. 671.

⁴³ In der Besprechung vom 3. und 4. 6. 1953, vgl. handschriftliche Aufzeichnungen Grotewohls im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/699, Bl. 33–38.

⁴⁴ Handschriftliche Aufzeichnungen Grotewohls vom 3. 6. 1953, in: Ebenda, Bl. 35.

⁴⁵ Herrstadt, Das Herrstadt-Dokument, S. 74.

von Entscheidungen seit dem Herbst 1952; Anm. d. Verf.] davon aus, daß seitens der SED und der Regierung der DDR in der Vergangenheit eine Reihe von Fehlern begangen wurden, die ihren Ausdruck in Verordnungen und Anordnungen gefunden haben (. . .)⁴⁶. Eine Folge war, daß zahlreiche Personen die Republik verlassen haben.⁴⁷

Mit dieser Erklärung hatte das System die Grundlagen seiner Autorität schwer geschädigt. Hatten schon die Bestimmungen und Verordnungen der SED schwere Bedrängnisse für die Bevölkerung verursacht und eine ernste Gefahr für die politische Stabilität heraufbeschworen, so war der – wenn jemals vorhandene – minimale Kredit bei den Menschen aufgezehrt. Die im Ton um Verharmlosung⁴⁸ bemühte Erklärung, die prekäre Lage sei das Ergebnis von Irrtümern und Fehlern, die nun korrigiert würden, kostete das Regime den letzten Rest von Glaubwürdigkeit.

Die SED-Führung – besonders Ulbricht – ahnte wohl, welche Gefahren drohten. Ulbricht beauftragte deshalb Anfang Juni 1953 (6. 6.) den Sektor Information der Abteilung Leitende Organe unter Karl Schirdewan, wahrheitsgetreue und ungehörte Informationen über die Lage im Lande von allen Bezirks- und Kreisleitungen der SED anzufordern⁴⁹. Schon in den nächsten Tagen, 11. bis 12. Juni 1953, wurde in der Vielzahl der z. T. in immer knapperen Zeitabständen eingehenden Nachrichten deutlich, daß sich das Land in ungeheurer Gärung und in heller Opposition gegen die Regierung und das SED-Regime befand, daß es an allen Ecken und Enden brannte und es nur noch eines geringen bedurfte, um eine große Explosion herbeizuführen.

Für den weiteren Gang der Dinge war es wichtig, daß vor allem die Parteigenossen und der ganze Apparat einschließlich Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und Polizei, Blockparteien und Massenorganisationen verunsichert und wie gelähmt waren. „Und jetzt soll das alles falsch gewesen sein? Das erschien mir gestern und bis zum heutigen Tag unfaßbar. Man weigert sich, das zu glauben“, hatte der Berliner Oberbürgermeister Ebert die geforderte Schwenkung der SED-Politik gekennzeichnet⁵⁰. Auch viele andere Parteigenossen wollten die Nachricht nicht diskutieren, weil man sie für eine Falschmeldung des RIAS hielt. Der Tod Piecks, Ulbrichts oder nachhaltige Diffe-

⁴⁶ Genannt werden Lebensmittelkartenversorgung, Beschlagnahmung der Höfe vertriebener Bauern, Methoden der Steuererhebung als Beispiele.

⁴⁷ Zitiert nach: Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Denkschrift über den Juni-Aufstand in der Sowjetischen Besatzungszone und in Ostberlin, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1953, Dok. Nr. 18.

⁴⁸ Vgl. Semjonow, „Rückzug ohne Panik“ vom 6. 6. 1953 und Oelfner, „nicht schreien“ vom 6. 6. 1953, in: Scherstjanoi, „Wollen wir den Sozialismus?“, S. 669 f.

⁴⁹ „Anweisung des Generalsekretärs an den 1. Sekretär zur straffen Organisation der Information“ vom 6. 6. 1953, in: IfGA.ZPA. IV 2/5/2; Abteilung Leitende Organe, „Betrifft: Anweisung des Generalsekretärs an die 1. Sekretäre zur straffen Organisation der Information“, Berlin vom 6. 6. 1953, gez. Schirdewan, in: Ebenda, Bl. 155 f. Dazu der Bestand im IfGA.ZPA. IV 2/5/Bd. 524 beginnend am 10. 6. 1953 und die folgenden Aktenbände; die vervielfältigten Meldungen befinden sich z. T. auch im Nachlaß Grotewohl, in: Ebenda, NL 90/437. Im Kontrast dazu die gängigen Ergebnisadressen, in: Ebenda, IV 2/5/545.

⁵⁰ Scherstjanoi, „Wollen wir den Sozialismus?“, S. 675.

renzen in der SED-Führung schienen – wie schnell verbreitete Gerüchte wissen wollten – eine Erklärung für die Kursänderung zu geben. Halbwegs einleuchtende Parolen und Argumente standen den Funktionären der Partei nicht zur Verfügung⁵¹, es sei denn, man läßt die hilflose Aussage, die Verlautbarungen des Politbüros, des ZK und der Regierung seien richtig, weil sie von dort kämen, das ZK habe immer recht, als solche gelten. Die Parteimitglieder, die Funktionäre der Blockparteien und die Angehörigen der Massenorganisationen duckten weg. Noch am ehesten waren nicht mit dem System verbundene Menschen – bei aller Skepsis, ob die Nachricht verlässlich, die Absicht echt und dauerhaft war – bereit, die in Aussicht gestellten Verbesserungen positiv aufzunehmen⁵².

Die Spannung im ganzen Land wuchs in den Tagen, die der Ankündigung des Kurswechsels folgten, weil die Durchführungsbestimmungen für viele verkündete Verbesserungen nicht vorlagen und weil nicht klar war, ob bestimmte, als sehr drückend empfundene Maßnahmen rückgängig gemacht würden. Proteste über wirtschaftliche Nöte als Ausdruck politischen Unmuts waren an der Tagesordnung, etwa Arbeitsverweigerungen, das Unterlaufen der landwirtschaftlichen Ablieferungspflicht und spontane Streiks in großen Industriebetrieben, aber auch in kleineren Mittelbetrieben schon bei geringfügigen Anlässen. Ein deutliches, republikweit erkennbares Signal setzte der Streik der Bauarbeiter in Berlin, die, angeführt von ihrer Betriebs-Gewerkschafts-Leitung, seit dem 15. Juni 1953 von Ministerpräsident Grotewohl geklärt haben wollten, ob die Regierung die sie hart treffende Normenerhöhung zurücknehmen werde. Mit einer dem Ansatz nach politischen Begründung der Forderung und einer Fristsetzung sollte die Regierung auf ihre Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit als Arbeiterregierung getestet werden⁵³. Die Forderung der Bauarbeiter nach Aussetzung der Normenerhöhung traf insofern eine Schwachstelle, als diese Forderung nicht im Katalog des sowjetischen Memorandums von Anfang Juni vorkam und die SED-Führung nach

⁵¹ Z. B. Eingabe der Betriebsorganisation der Zentralstelle für wissenschaftliche Literatur am 12. 6. 1953, in: IfGA.ZPA. IV 2/5/529.

⁵² Schadenfreude, Unverständnis, Mißtrauen, Abwarten kennzeichneten zunächst eine Haltung, die auf dem Lande schnell bei Freudenfeiern offene Feindschaft gegen das System sichtbar werden ließ (z. B. Kreisleitung Brandenburg/Havel an ZK am 12. 6. 1953 im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/437, Bl. 2), sich in den Industriebetrieben in spontanen Einzelstreiks äußerte und seit dem 12. 6. 1953 immer stärker in heftigeren Diskussionen um die Normenerhöhung dokumentierte; vgl. Tagesbericht Nr. IV. vom 12. 6., Karl Schirdewan, Abteilung Leitende Organe, in: IfGA.ZPA. IV 2/5/524, Bl. 15–21.

⁵³ Eingabe der Betriebsgewerkschaftsleitung des VEB Industriebau, Baustelle: Bettenhaus-Friedrichshain an den Ministerpräsidenten Grotewohl am 15. 6. 1953, in: Ebenda, NL 90/437, Bl. 8. Die Urteilsbegründungen der harten Urteile gegen die Überbringer der Arbeiterforderung in das Büro des Ministerpräsidenten (ergangen am 26. 5. 1954) machen die Zusammenhänge recht deutlich; vgl. Unrecht als System. Dokumente über planmäßige Rechtsverletzungen in der Sowjetzone Deutschlands, zusammengestellt vom Untersuchungsausschuß freier Juristen, Teil II. 1952–1954, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1955, S. 128f. Im Unterschied dazu die Arbeitsniederlegungen etwa am 3. 6. und 8. 6. in insgesamt etwa 25 Betrieben. Berichte im Nachlaß Rau, in: IfGA.ZPA. NL 62/91.

den Notizen Grotewohls noch in der Sitzung der Politbüros vom 13. Juni 1953 der Ansicht war: „Normerhöhung, Prod.erhöhung, Sparsamkeit waren keine Fehler, man muß sie behalten und begründen.“⁵⁴

Der Demonstrationenzug zu den Regierungsgebäuden, der sich am Morgen des 16. Juni formierte und von Rufen wie „Nieder mit der Arbeiterregierung“ begleitet war – wie Grotewohl noch vor dem Eintreffen der Demonstranten vor der Regierungszentrale berichtet wurde⁵⁵ –, löste am nächsten Tag, dem 17. Juni, offenen, nur an einzelnen Stellen ansatzweise organisierten Aufruhr aus. An vielen Orten kam es zu Demonstrationenzügen, zur Erstürmung von SED- und Regierungsgebäuden und zu Gefangenenbefreiungen. In diesen Aktionen zeigte sich die politische und wirtschaftliche Unzufriedenheit aller Schichten der Bevölkerung in Stadt und Land. Schwerpunkte waren – neben Berlin – Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen⁵⁶. Dort, wo der offene Aufruhr ausblieb, gab es z. T. andere Formen massiven Protestes, wie Abreißen von Plakaten und Verweigerung von Arbeitsaufnahmen. Das Ziel war von Anfang an politisch: Sturz der Regierung, freie Wahlen und Wiedervereinigung. Sie sollten auch die Erfüllung der materiellen Forderungen, auf die hier nicht im einzelnen eingegangen werden kann, gewährleisten⁵⁷.

Die DDR-Führung hat den Charakter des Aufstandes, wie sich aus den Aufzeichnungen Grotewohls ergibt, schon am 16. Juni 1953 durchaus richtig erkannt⁵⁸. Obgleich jedoch Vorkehrungen in beachtlichem Umfang getroffen worden waren, u. a. die

⁵⁴ Handschriftliche Aufzeichnungen Grotewohls zur Sitzung des Politbüros am 13. 6. 1953, zweiter Abschnitt, Nr. 5, im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/699, Bl. 79.

⁵⁵ Notiz für Genossen Grotewohl vom 16. 6. 1953, in: Ebenda, NL 90/437, Bl. 10.

⁵⁶ An über 370 Orten von insgesamt 5585 Gemeinden und Städten gab es offene Demonstrationen. Auflistung bei Torsten Diedrich, *Der 17. Juni 1953 in der DDR*, Berlin 1991, S. 289f., Anhang 5. Siehe auch „Meldung von tatsächlichen Übergriffen und deren Folgen in Gross-Berlin und in den Bezirken der Republik“ (Alle Vorkommnisse am 17. 6.), in: IfGA.ZPA. IV 2/5/530, Bl. 19–25; Abteilung Leitende Organe, 18. 6., 7 Uhr. „Zusammenfassende Information und Schlußfolgerungen aus den Erfahrungen, die die Berichte in der Nacht vom 17. zum 18. 6. 1953 ergeben“, in: IfGA.ZPA. IV 2/5/530, Bl. 27–41.

⁵⁷ Die Forderung nach Sturz der Regierung, „freien“ Wahlen und Wiedervereinigung sind in nahezu allen Eingaben, sofern sie nicht durch Partei- oder Gewerkschaftsfunktionäre „entschärft“ wurden, an vorderster Stelle aufgeführt, so z. B. Eingabe der Angestellten der Sparkasse Halberstadt 1. Fassung vom 19. 6. und 2. Fassung vom 20. 6. mit 33 Unterschriften im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/437, Bl. 117ff. Eingabe des Betriebes EFEM, SAG Kabel vom 17. 6. 1953, unterschrieben von der Betriebsgewerkschaftsleitung mit dem Ergebnis der Abstimmung: 360 Ja-Stimmen gegen 1 Nein und 1 Enthaltung, in: Ebenda, Bl. 41. Eingabe der Betriebsgewerkschaftsleitung Werk I Fortschritt, Neustadt vom 20. 6., in: Ebenda, Bl. 187. Wie die Parteifunktionäre versuchten, die politischen Forderungen aus den Resolutionen zu entfernen, berichtet Weinberger aus Rostock. Vgl. Bericht vom 22. 6. 1953, in: Ebenda, Bl. 155–160. Dazu auch Arnim Mitter und Heidi Roth für Leipzig sowie Nadja Stulz-Herrnstadt, in: *Das Herrnsstadt-Dokument*, S. 12.

⁵⁸ Sie rechnete am Abend des 16. 6. mit einem gewaltsamen Umsturzversuch – Tag X.; handschriftliche Notizen in den Aufzeichnungen Grotewohls zum 16. 6., abends: „Ziel Sturz Politbüro“ und „Vertrauen Z.-K. (und) Volkskammer“ (Dieckmann) im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/437, Bl. 11.

Entsendung von je zwei Vertrauten des Politbüros in alle Bezirke der DDR⁵⁹, die Bereitstellung von Diskussionsteams der SED für die Demonstrationen in Berlin, Vorbereitungen für einen massiven Einsatz der Volkspolizei, der KVP⁶⁰ und der Staatssicherheit, blieb die Staatsführung am 17. Juni 1953 und auch noch an den folgenden Tagen relativ machtlos. Es dauerte bis zum 21. Juni, ehe die Streiks beendet werden konnten⁶¹, bis weit in den Juli, gar in den August hinein, bis die Unruhe, der die SED zunächst wie gelähmt zugesehen hatte, sich gelegt hatte. Grotewohl erkannte am 25. Juni 1953⁶², als die SED der ersten Revolutionswelle mit äußerster Gewalt⁶³ Herr geworden zu sein schien, das ganze Ausmaß der Ablehnung des Regimes, das sich im Volksaufstand gezeigt hatte, und notierte: „Republikflucht – Völliger Bruch – [mit der] Partei/[der] Arbeiterkl. bis zur Feindseligkeit; nur auf diesem Boden konnte Tag X [gemeint ist der Aufstand; Anm. d. Verf.] entwickelt werden. Im Mittelpunkt stehen nicht ökonomische Fragen, sondern die Frage der Partei-Arbeiterklasse.“

Der Einsatz der sowjetischen Truppen⁶⁴ und die Haltung des Westens, der – einschließlich der Bundesregierung und der westdeutschen Parteien⁶⁵ – gerade das nicht

⁵⁹ In Berlin blieben Grotewohl, Ulbricht, Oberbürgermeister Ebert, der SED-Bezirkssekretär Jendretzky und der für das „Neue Deutschland“ zuständige Herrstadt zurück. Vgl. ebenda, Bl. 12; Herrstadt, Das Herrstadt-Dokument, S. 82.

⁶⁰ Zur Beurteilung der geringen Einsatzfähigkeit der Kasernierten Volkspolizei (KVP) u. a. Bericht der Bereitschaft der KVP in Halle, Stalin-Allee, vom 5. 2. 1953 im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/449; Diedrich, Der 17. Juni.

⁶¹ Der Bericht der Abteilung Leitende Organe nennt 371 Orte, an denen es in der Zeit vom 17. bis 22. 6. 1953 Unruhen gegeben hat, er nennt zehn, an denen die Unruhen nach dem 22. 6. 1953 noch andauerten. Vgl. Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/437, Bl. 275–296.

⁶² Handschriftliche Notiz Grotewohls, in: Ebenda, NL 90/699.

⁶³ 9536 Personen verhaftet, davon 4491 wieder entlassen, 1268 den Gerichten, 319 an die Kommandantur überstellt; der Gesamtbestand an Gefangenen betrug am 27. 6. 1953 63 194; von den 1327 gewaltsam befreiten Gefängnisinsassen wurden bis zum 22. 6. 1953 wieder 1060 gefaßt. 1291 Personen wurden bis zu diesem Datum als Provokateure in Dienststellen des Strafvollzugs eingeliefert. Vgl. Aufstellung zum 27. 6. 1953, in: Ebenda.

⁶⁴ U. a. Verkündigung des Ausnahmezustandes für Berlin und in 167 von 217 Stadt- und Landkreisen der DDR. Die zentrale Leitung lag in den Händen Marschall Gretschkows und des Hohen Kommissars Semjonow und war schon am Abend des 16. 6. vorgesehen, ebenso der Einsatz sowjetischer Truppen, die allerdings zunächst weniger sichtbar bleiben und vorzugsweise Objektschutz übernehmen sollten. Vgl. Handschriftliche Notizen Grotewohls, in: Ebenda, NL 90/437, Bl. 11. Für künftige Fälle wollte Grotewohl auf sowjetische Hilfe verzichten, vgl. ebenda, NL 90/449, Bl. 101. Pieck dachte 1953 offenbar an die Beschränkung der Übergänge nach Westberlin auf zehn Kontrollstellen; vgl. Handschriftliche Notiz zu 1953 im Nachlaß Pieck, in: IfGA.ZPA. NL 36/739.

⁶⁵ Vgl. Foreign Relations of the United States (FRUS) 1952–1954, vol. VII, Part 2, Washington 1986, Policy of the United States to the German Democratic Republic, Dokumente No. 711–742, S. 1579–1639. Für die Haltung der Bundesregierung und der Parteien sind die Erklärungen des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, vom 17. 6. 1953 und die Regierungserklärung Adenauers vor dem Bundestag vom 17. 6. 1953 kennzeichnend; vgl. Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953, hrsg. vom Ministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1953, Dok. Nr. 109, 110. Die vom Westen her organisierten Widerstandsgruppen hatten ihre Aktivitäten schon 1953 erheblich eingeschränkt. Kai-Uwe Merz, Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand. Die Kampfgruppe gegen Un-

wollte, was das SED-Regime ihm anlastete, nämlich die Befreiung des in der Gewalt der Sowjetunion befindlichen Teiles Deutschlands auch auf Kosten eines Krieges, rettete das SED-Regime. Der Bevölkerung wurde klar, daß die Erwartung, das nach eigenem Eingeständnis ineffektive SED-Regime beseitigen zu können, ohne daß die Sowjetunion eingreifen würde, irrig war⁶⁶. Daß mit dem Aufstand „die letzte und größte Chance“ für eine Wiedervereinigung verspielt wurde, wird gelegentlich behauptet, bleibt aber unbewiesen⁶⁷.

III. Die Haltung der Blockparteien in den Juni-Ereignissen

Welche Stimmung in der „Leitung der Blockparteien“ zu beobachten sei und „welche Perspektiven sie sich stellen“, war für das ZK der SED nach dem Beginn der Unruhen, wie die Bemühungen der Informationsstelle der Abteilung Leitende Organe seit dem 12. Juni erkennen lassen, eine wichtige Frage⁶⁸. Darüber hinaus wollte man wissen, welche Rolle die Funktionäre und Mitglieder der bürgerlichen Parteien bei Demonstrationen und Zusammenrottungen in den Regionen spielten. Die Auskünfte der SED-Bezirks- und Kreisleitungen blieben insgesamt relativ mager, fehlten doch häufig genauere Kenntnisse über die internen Vorgänge in diesen Parteien. Deshalb reproduzierte man gerne vorgefasste Meinungen und berichtete über Einzelfälle⁶⁹. Zugleich verstärkte das ZK die direkte Einflußnahme auf die „fortschrittlichen“ Kräfte in den Parteileitungen. Dies galt besonders für die CDU, die – im Unterschied zu der von starken Auflösungserscheinungen gezeichneten LDP – zu einer geschlossenen politischen Stellungnahme fähig zu sein schien. Die Besprechungen der Abteilungsleitung der Abteilung Befreundete Organisationen mit CDU-Generalsekretär Götting⁷⁰ bzw. – in seiner Vertretung – mit Fischer, Sefrin und Dr. Toeplitz vom CDU-Parteivorstand gewannen den Charakter von Berichterstattung von seiten der CDU und Befehlsaus-

menschlichkeit 1948–1959, München 1987, S. 189–194; Wolfgang Buschfort, Das Ostbüro der SPD, München 1991, S. 92–98. Besondere Operationen der Geheimdienste sind nicht erkennbar. Beatrice Heuser, Subversive Operationen im Dienst der „Roll-back“-Politik 1948–1953, in: VfZ 37 (1989), S. 279–297.

⁶⁶ Zum sowjetischen Truppeneinsatz: „War das notwendig? Das ist doch eine deutsche Angelegenheit.“ Abteilung Leitende Organe, „Zusammenfassende Information und Schlußfolgerung aus Erfahrungen, die die Berichte in der Nacht vom 17. zum 18. 6. ergeben“, Berlin, vom 18. 6. 1953, in: IfGA.ZPA. IV 2/5/530, Bl. 27. Übergriffe gegen sowjetische Truppen wurden von der SED überbetont und, wie das bei allen Zerstörungen der Fall war, als Handlungen von Rowdys und Provokateuren übertrieben dargestellt, um Abscheu, Distanzierung gegenüber den Vorgängen und Solidarität mit den „Ordnungsorganen“ zu erzeugen.

⁶⁷ Lindemann, Die Haltung der Sowjetunion, S. 39.

⁶⁸ Mehrfach unter dem 12. 6. 1953, in: IfGA.ZPA. IV 2/5/524, Bl. 22; eingehender Fragenkatalog vom 20. 6., in: Ebenda, IV 2/5/530, Bl. 123.

⁶⁹ Berichte, in: Ebenda, IV 2/5/547, 549 sowie in IV 2/15/17 f.

⁷⁰ Gerald Götting, * 1923, Philologe, wurde schon 1949 26-jährig Generalsekretär der CDU und hatte seitdem maßgeblichen Einfluß auf die Führung der Ost-CDU.

gabe durch das ZK; sie häuften sich von Ende August bis Anfang Oktober⁷¹. Die CDU legte – z. T. über die bisherige Praxis der Berichterstattung hinausgehend – Protokolle der Dienstbesprechungen des Präsidiums und des Sekretariats des Hauptvorstandes vor, übermittelte die internen Berichte über Funktionärskonferenzen und Vorlagen für Sitzungen des Politischen Ausschusses des Parteivorstandes⁷².

Aus den Unterlagen der SED und den Akten der CDU und der LDP läßt sich Näheres über die Haltung der Blockparteien – ihrer Mitglieder, ihrer Funktionäre und der Vorstände – herausfinden. Die Beteiligung der *Mitglieder* der Blockparteien an den Protesten, der Abwehr der Unruhen und ihr bloßes In-Mitleidenschaft-Gezogen-Sein läßt sich nicht generell bestimmen und vor allem kaum quantifizieren. Sicher ist aber: Bei den Massenstreiks in den Städten hatten die Blockparteien keinen nennenswerten Anteil⁷³. Das hängt mit ihrer vergleichsweise geringen zahlenmäßigen Stärke zusammen. Die CDU hatte im Juni 1953 mit 139 000 Mitgliedern gerade 11 % der Stärke der SED, die LDP mit 119 000 nur 9,6 %⁷⁴. Die CDU war nur in 42 % der Städte und Gemeinden der DDR vertreten, vorzugsweise auf dem Lande, gehörten doch 70 % ihrer Mitglieder der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (Vdgb) an. Die LDP war ebenfalls nur regional verankert; allerdings lagen ihre Schwerpunkte in Städten, etwa in Halle, Magdeburg, Leipzig, Erfurt, Dresden und Karl-Marx-Stadt; 72 % aller Mitglieder kamen aus diesen Bezirken. Die mitgliederschwächsten Verbände hatten beide Parteien in Ost-Berlin⁷⁵.

Wichtig ist darüber hinaus, daß für breite Schichten weniger die spontane Beteiligung an Streiks kennzeichnend war als abwartendes Zurückhalten⁷⁶. Die Menschen schwankten, wollten sich vor allem nicht exponieren, weder als Aufrührer gegen den SED-Staat noch als dessen Verteidiger. Dieses Zögern und Abwarten wurde von den Parteileitungen als Beweis für die „innere“ Nichtbeteiligung ihrer Anhänger am 17. Juni

⁷¹ Aktennotizen zu 14 Gesprächen aus dieser Zeit, in: ZK Abteilung Befreundete Organisationen, „Aktennotizen über Besprechungen der Abteilungsleitung und Vertreter der CDU“, in: IfGA.ZPA. IV 2/15/6.

⁷² In: Ebenda, IV 2/15/37 ff. Ferner Berichte und Einschätzungen zu Kreis- und Deputiertenkonferenzen, in: Ebenda, IV 2/15/39. Zusammenfassende Einschätzung: „Die Haltung der Vorstände, Funktionäre und Mitglieder der Parteien und Geistlichen – Aktionen und die jetzige Lage in den Blockparteien“ vom 27. 6. 1953, in Ebenda, IV 2/15/3.

⁷³ Z. B. SED-Kreisleitung Niesky an die Bezirksleitung der SED Dresden vom 20. 6. 1953: „Betr. Analyse über die Entstehung, den Ausbruch und die Entwicklung des Abenteuers in Niesky und Kreisgebiet“, in: Ebenda, IV 2/5/535, Bl. 66; SED-Bez. Vors. Cottbus, Bericht vom 10. 9. 1953, in: Ebenda, IV 2/15/17.

⁷⁴ Die SED hatte am 30. 6. 1953 1 128 427 Mitglieder und 100 937 Kandidaten, insgesamt also 1 231 364. Statistische Aufstellung in: Ebenda, IV 2/5/1372.

⁷⁵ Die CDU 1587 Mitglieder, die LDP 1070 Mitglieder.

⁷⁶ „Mitglieder der CDU haben (...) bisher nicht als Provokateure entlarvt werden können und sind während der Zeit wenig in Erscheinung getreten“; vgl. SED-Bezirke Berlin/Potsdam „Bericht über die Lage in den Blockparteien“ vom 24. 6. 1953, in: IfGA.ZPA. IV 2/5/549, Bl. 40. „Die Mitglieder der LDP nehmen ebenfalls eine abwartende Haltung ein“, in: Ebenda, Bl. 41. Telefonische Durchsage SED-Bezirk Frankfurt/Oder, „Bericht über die Stimmung der Blockparteien“, in: Ebenda, Bl. 151 ff.

interpretiert. Doch die Funktionäre der mittleren Ebene waren anderer Ansicht. Diese Zurückhaltung sei nicht Ausdruck von Regimetreue, meinte am 9. Juli 1953 der LDP-Bezirkssekretär aus Potsdam; die geringe Beteiligung von LDP-Freunden habe mit deren Bequemlichkeit zu tun⁷⁷. Daneben gab es aber auch Beispiele für Beteiligungen an Streiks und Aufruhr, die freilich von den Parteizentralen in ihren Meldungen durch Hinweise auf entschiedenen Widerstand gegenüber Aufrührern entkräftet wurden⁷⁸.

Auch die SED-Bezirkssekretäre nannten nur Einzelfälle⁷⁹. Sie gaben häufig Vorkommnisse auf dem Lande wieder. In der Gemeinde Kollm⁸⁰ etwa war der Führer der CDU-Ortsgruppe der Anführer der Opposition. Über CDU-Mitglieder in einer Zuckerfabrik in Wismar heißt es in einem Bericht der Bezirksleitung Rostock: „Diese Leute nahmen offen Partei für den Streik und für Adenauer. Eine Reihe von Meldungen von aggressiven Stellungnahmen der Mitglieder der CDU gegen unsere Genossen liegt uns vor.“⁸¹ In einer Gemeinde von 220 Einwohnern im Kreis Görlitz-Land wurde der SED-Bürgermeister im Einverständnis mit den Ortsvorsitzenden der CDU, der LDP und eines spontan gebildeten SPD-Ortsverbandes durch den örtlichen CDU-Vorsitzenden ersetzt⁸². In der Gemeinde Meschwitz, Kreis Bautzen, entfernte der CDU-Ortsvorsitzende sämtliche Losungen und Bilder im Gebäude des Gemeinderates⁸³. Aus Halle-Stadt hingegen wurde „vorbildliches“ Verhalten der CDU-Funktionäre, deren Zeitung⁸⁴ etwa den Streikaufruf der Demonstranten nicht druckte, berichtet, während bei der SED alles durcheinander gegangen sein soll⁸⁵. Der CDU-Kreissekretär in Grimma bewährte sich nach SED-Aussagen als „fortschrittlicher Mensch“⁸⁶. Von SED-Funktionären⁸⁷ wie auch von Angehörigen der DBD und der NDP war ähnliches zu melden.

⁷⁷ Vgl. CDU-Bez. Sekr. Mucker, Potsdam, Protokoll der Sitzung der Bezirkssekretäre mit der Parteileitung vom 9. 7. 1953, in: ADL D VI 20062 a.

⁷⁸ So der Politische Ausschuss des CDU-Vorstandes, in: ACDP VII 013 A 1743, S. 3, oder die Analyse des LDP-Generalsekretärs, in: ADL D XIX b 2111 a 3 fg.; Bericht des Bezirks Potsdam der LDP vom 23. 6., in: Ebenda, D XVIII 23 532 e, S. 3.

⁷⁹ Bericht des Sekretariats der SED-Kreisleitung Niesky an die Bezirksleitung der SED Dresden vom 20. 6. 1953 über „Analyse über Entstehung, den Ausbruch und die Entwicklung des faschistischen Abenteurers in Niesky und Kreisgebiet“, in: IfGA.ZPA. IV 2/5/535, Bl. 60–66. Durchsage SED-Bezirk Frankfurt/Oder vom 20. 6., in: Ebenda, IV 2/5/549, Bl. 41, Bl. 151 ff.

⁸⁰ In Kollm war der Rädelführer Bäckermeister Diener Mitglied der CDU; vgl. ebenda, Bl. 66.

⁸¹ Bericht der Bezirksleitung der SED Rostock vom 23. 6., 20.⁰⁵ Uhr, in: Ebenda, IV 2/15/17.

⁸² Bericht des Sekretariats der SED-Kreisleitung Niesky an Bezirksleitung der SED Dresden, in: Ebenda, IV 2/5/535, Bl. 66.

⁸³ Ebenda.

⁸⁴ Genannt wird der „Kreuz-Verlag“. Politischer Ausschuss der CDU-Parteileitung, „Einige Feststellungen“ vom 18. 6. 1953, Punkt 3, in: ACDP VII 012 A 3014.

⁸⁵ Informationsberichte über die Ereignisse am 17. Juni, hier: Bericht Halle, in: Ebenda, VII 013 A 1728.

⁸⁶ Durchsage des SED-Bezirks Leipzig, Genosse Wittig, vom 18. 6. 1953, 2.⁵⁵ Uhr, Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/437, Bl. 70.

⁸⁷ U.a. Bericht des Sekretariats der SED-Kreisleitung Niesky an Bezirksleitung der SED Dresden, in: Ebenda, IV 2/5/535. Der aufgrund seines Verhaltens beim Streik gemäßregelte Abgesandte des Politbüros in Rostock, Weinberger, gibt ein Beispiel für die Zurückhaltung von SED-Mitgliedern. Er wundert sich, daß in den Werken, in denen er zur Eindämmung der Streiks tätig wird, die Betriebspar-

Über das Verhalten der Mitglieder der Blockparteien am 17. Juni waren letztlich keine verlässlichen und vor allem auch keine parteispezifischen Aussagen möglich. Es gab einerseits genügend Beispiele für Wohlverhalten im Sinne der SED, andererseits ließen sich viele Vorgänge für „mangelnde Verlässlichkeit“ anführen⁸⁸.

Nun kann man freilich das Verhalten von Einzelpersonen oder der Masse der Mitglieder nicht, wie dies in den Interpretationen der Parteien geschah, zum Maßstab für die Beurteilung der Parteien nehmen. Was dachten die Menschen, und vor allem wie standen die *Funktionäre* zu ihren Parteien und zur DDR? Die Funktionärskonferenzen der Parteien und die Berichte der Funktionäre an die Vorstände geben darüber einige Auskünfte. Sie machen deutlich, daß Aufsässigkeit und zögernde Zurückhaltung, die nur mit Einschränkung als „innere“ Nichtbeteiligung an den Unruhen zu deuten waren, z. T. bis in die Parteivorstände reichten und weit über den 17. Juni hinaus bis in den Spätsommer anhielten. Am 30. Juli 1953 berichtete beispielsweise der Assistent des CDU-Generalsekretärs Götting der Abteilungsleitung Befreundete Organisationen des ZK über die Lage in der CDU, „daß sich die fortschrittlichen Kräfte noch weiterhin in der Defensive befinden“⁸⁹.

Als der CDU-Vorsitzende Nuschke und der Generalsekretär der CDU Götting in der Sitzung des Hauptvorstandes am 26. Juni 1953 die Politik der SED bei mäßiger Kritik zu rechtfertigen suchten und zugleich auch den Mitgliedern dankten, „die sich in den Tagen der Erschütterung und Verwirrung Besonnenheit bewahrt haben, sich in ihrem Vertrauen zu unserer Partei und zur DDR nicht haben beirren lassen“, stießen sie auf Unverständnis. In einem Bericht des MfS hieß es dazu, „daß fast alle einberufenen Funktionäre der CDU mit den Stellungnahmen ihres Vorsitzenden und ihres Generalsekretärs nicht einverstanden waren“⁹⁰. Vom 29. Juni bis zum 18. Juli 1953 sprach Götting mit Kreissekretären und Kreisvorsitzenden in zwölf der insgesamt 14 Bezirke. Ziel der Besprechungen war es, die Diskussionen um Neuwahlen in der DDR und die Forderungen nach Rücktritt des Vorsitzenden bzw. Generalsekretärs

teorganisationen der SED „überhaupt nicht in Erscheinung treten“, obwohl unter den 4000 Mitgliedern der streikenden Warnow-Werft rd. 1000 Parteimitglieder seien; vgl. Bericht Weinberger vom 2. 6. 1953 im Nachlaß Grotewohl, in: Ebenda, NL 90/437, Bl. 155–160, hier: Bl. 156.

⁸⁸ Politischer Ausschuß der CDU, „Einige Feststellungen“ vom 18. 6. 1953, Punkt 3 und 4, in: ACDP VII 012 A 3014. Gegen die Diffamierung der LDP wendet sich der Volkskammerpräsident Dieckmann in einem Brief an Dr. Loch vom 9. 7. 1953, in: ADL 18563 a: „Unter den aktiven Teilnehmern der Unruhen vom 17. Juni an vielen Orten unserer Republik [sind] einzelne Mitglieder jeder Blockpartei festzustellen (. . .). Die Mitglieder der LDP haben die Bewährungsprobe des 17. Juni im allgemeinen nicht schlechter, sondern vielfach besser als manche andere Partei bestanden.“

⁸⁹ Aktennotiz zu einer Besprechung der Abteilungsleitung der ZK Abteilung Befreundete Organisationen mit Herrn Fischer (CDU-Vorstand) sowie die spätere Notiz über ein Gespräch mit Götting, in: HfGA.ZPA. IV 2/15/6. Am 7. 7. 1953 schreibt der Bez. Vors. der CDU in Sachsen, Max Schmidt, an Generalsekretär Götting, „wir müssen uns im klaren darüber sein, daß die Spannungen auch heute bei weitem noch nicht überwunden sind und daß wir noch mit allerhand Überraschungen in diesem Sommer rechnen müssen“; in: ACDP VII 012 A 3014.

⁹⁰ Mitter, Die Ereignisse im Juni und Juli 1953, S. 40. Das Protokoll in den CDU-Akten geht darauf nur andeutungsweise ein; in: ACDP VII 013 A 1728.

der CDU „in den Kreisverbänden zu zerschlagen“⁹¹. Alles das, was hier an massiver Kritik an der SED und auch an der CDU von den eigenen Funktionären vorgetragen wurde und z. T. geradezu mit der Absicht verbunden war, mit dem System und ihrer eigenen Partei abzurechnen⁹², entsprang keineswegs nur vorübergehendem Unmut. Das zeigen die 177 Kreisfunktionärsversammlungen, die die CDU mit insgesamt 4032 Funktionären und 46 Referenten in der Zeit vom 22. August bis zum 5. September 1953 – also zwei Monate nach dem Höhepunkt der Massendemonstrationen des 17. Juni – durchführte. Immer noch waren die Funktionäre aufgewühlt⁹³. Einer der beiden zusammenfassenden Berichte nannte die Teilnahme mäßig, das Interesse mangelhaft, die Stimmung sehr unterschiedlich, der „überwiegende Teil nimmt eine, wenn auch nicht eine direkt negative, so doch zumindest (. . .) kritische Haltung“ ein. Die Diskussionen werden als sehr kritisch beschrieben. Die aus einer anderen Feder stammende kurze Information über dieselben Veranstaltungen sprach von „zurückhaltenden, stumpfen oder kritischen, kampflustigen Versammlungsgemeinschaften“⁹⁴.

Besonders stürmisch ging es in Aschersleben und Haldensleben zu. In Aschersleben wurde die Kritik an der Regierung so weit getrieben, daß sich der Referent genötigt sah, den Kreisuntersuchungsausschuß mit der Überprüfung von sechs Diskussionsteilnehmern zu beauftragen. „Es wurden Auffassungen vertreten wie zum Beispiel: Die Rechtswahl [in der Bundesrepublik; Anm. d. Verf.] zeige die Aufgeschlossenheit der westdeutschen Wähler – man hätte die Einheit Deutschlands am 18. Juni haben können – Adenauer wolle keinen Krieg“, so berichtete Sefrin vom CDU-Vorstand der zuständigen Abteilung des ZK der SED⁹⁵. Von der CDU-Konferenz des Kreises Haldensleben⁹⁶ meldete der Referent, daß er „selten solche haßerfüllten Reden gegen die SED gehört habe“ und man über die deutsch-sowjetische Freundschaft nur lächle⁹⁷. „Die

⁹¹ „Bericht über die Besprechungen mit Kreissekretären und Kreisvorsitzenden in den Bezirkssekretariaten der CDU“, o. D., S. 1., in: ACDP VII 013 A 1743; vgl. Fahl, „Situationsbericht aus den Kreisverbänden“ vom 17. 7. 1953, und Aktennotiz Fahl für Götting vom 23. 7. 1953 „Bericht aus den Kreisverbänden“, in: Ebenda. „Bericht über die vom 2. 8.–5. 9. 1953 durchgeführten Kreisfunktionärsversammlungen unter Zugrundelegung der Referenten-Berichte“, in: Ebenda.

⁹² Bericht über die Funktionärskonferenz des Bezirksverbandes Suhl der CDU mit dem Generalsekretär am 11. 7. 1953, in: Ebenda, VII 013 A 1713.

⁹³ Zwischendurch gab es weitere Funktionärskonferenzen, bei denen Mitglieder des CDU-Vorstandes sprachen: am 23. 7. 1953 in Brandenburg – Fahl, am 24. und 25. 7. 1953 in Wittenberg und Bitterfeld – Kotulla und Fahl. Zur Ortsgruppe Pretsch und Bad Schmiedeberg wird berichtet: Die Diskussion der 22 Funktionäre zeigt, daß „die anwesenden Funktionäre der Ortsgruppen in der Absicht hierher gekommen waren, der Parteileitung eine vernichtende Kritik zu geben“, in: ACDP VII 013 A 1743.

⁹⁴ „Bericht über Kreisfunktionärsversammlungen, 22. 8.–5. 9. 1953“, in: Ebenda, VII 013 A 1214. Fünf Kreisverbände werden namentlich erwähnt: Bad Doberan, Neubrandenburg, Niesky, Werdau und Haldensleben.

⁹⁵ Mündlicher Bericht Sefrins vom CDU-Vorstand an die Abteilung Befreundete Organisationen des ZK am 12. 9., Aktennotiz, in: IfGA.ZPA. IV 2/15/6.

⁹⁶ Bericht Fischer, CDU-Vorstand, an die Abteilung Befreundete Organisationen des ZK am 26. 9. 1953, Aktennotiz, in: IfGA.ZPA. IV 2/15/6.

⁹⁷ Die Einstellung zur Sowjetunion nannte der Generalsekretär einen Gradmesser für die Ehrlichkeit der politischen Haltung eines jeden christlichen Demokraten; vgl. Pressemitteilung vom 21. 1. 1953,

gesamte Diskussion verlief in ironischen und zynischen Feststellungen und erhält das rechte Licht dadurch, daß man sich nicht ungern des Liedes ‚Deutschland über alles‘ erinnerte und während des Aufbruchs vorschlug, nur die 3. Strophe [d. h. die seit 1952 offizielle Hymne der Bundesrepublik; Anm. d. Verf.] zu singen.“⁹⁸

In den Berichten der Referenten des CDU-Parteivorstandes war die – in den Einzelberichten noch viel deutlicher zutage tretende – vernichtende Kritik einiger Kreis- und Bezirksfunktionäre an der SED-Herrschaft und der mit ihr verbundenen eigenen Parteiführung erkennbar. Immer noch drang Unmut durch, der sich u. a. in den Forderungen nach freien Wahlen, nach Wiedervereinigung noch im selben Jahr, nach Rücktritt der Regierung, nach Beseitigung der Vorherrschaft der SED, nach Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit und nach Herstellung von Rechtssicherheit, für deren Verletzung häufig groteske Beispiele genannt wurden, niedergeschlagen hatte. In einem Atemzuge wurde das Abtreten des eigenen Parteivorstandes und namentlich genannter einzelner Mitglieder gefordert. Der Partei wurde vorgeworfen, sie handele nicht aus christlicher Verantwortung; es sei offenkundig, daß die Parteileitung aus Ja-Sagern bestehe, die Partei ihre Selbständigkeit nicht nur durch die Annahme des Prinzips der Einheitslisten verloren habe und daß sie ohne jeden Einfluß sei. An einigen Stellen suchte man daraus Konsequenzen zu ziehen, so z. B. im Kreis Gräfenhainichen, wo ausgeschlossene CDU-Mitglieder die Gründung einer neuen Ortsgruppe vorbereiteten, die „sich ideologisch auf die Plattform der Adenauer-CDU“ stellte⁹⁹.

Die Bemühungen der CDU-Parteileitung, die Funktionäre in den Kreisen auf ihre Linie einzuschwören, hatten einen unerwarteten Effekt. Die Diskussion der Referate, die im Zusammenhang der Veranstaltung gewünscht war, brachte die immer noch herrschende tiefe Ablehnung zutage, und zwar auch in Gegenden der DDR und in Bereichen der DDR-Gesellschaft, in denen es am 17. Juni und in den Tagen darauf weitgehend ruhig geblieben war.

Auch in der LDP gab es heftige Opposition und massenhafte Vorwürfe an die Parteileitung¹⁰⁰. Der Abstand zwischen Parteiführung und Basis war jedoch beträchtlich größer als in der CDU. Auf der erst am 5. Juli 1953 zustande gekommenen Sitzung des Zentralvorstandes¹⁰¹ hielt der Parteivorsitzende es für vorrangig, die Parteiarbeit ganz

in: SBZ von 1945 bis 1954. Die sowjetische Besatzungszone Deutschlands in den Jahren 1945–1954, Hrsg. v. Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1956, S. 228.

⁹⁸ Bericht über Kreisfunktionärsversammlungen vom 22. 8.–5. 9. 1953, in: ACDP VII 013 A 1214.

⁹⁹ Mündliche Mitteilung Sefrins, CDU-Vorstand, an die ZK Abteilung Befreundete Organisationen, Aktennotiz vom 17. 9. 1953, in: IfGA.ZPA. IV 2/15/6. Auch die Ortsgruppe Freyenstein, Kreis Wittstock, ging eigene Wege; vgl. Dr. Toeplitz an Sefrin am 8. 9. 1953, in: ACDP VII 013 A 1743.

¹⁰⁰ In der Sitzung des Zentralvorstandes der LDP am 5. 7. 1953 bestritt der Vertreter aus Leipzig Manfred Gerlach, daß die Ausführungen des Vorsitzenden Dr. Loch, die Partei stehe geschlossen hinter der Regierung, zutreffend seien. Vgl. Bericht auf der LDP-Sitzung in Leipzig am 7. 7. 1953, in: Politischer Ausschuß, Analyse über die Arbeit der Partei 11. 7., in: ADL D XIX b 2111 a, S. 12.

¹⁰¹ Protokoll, in: ADL D V d 25927 a. Die Entscheidungen für die Partei traf zuvor das Parteikollegium, bestehend aus Dr. Loch, Dr. Dieckmann, Konzok, Täschner; die Unterlagen über die Besprechungen in: Ebenda, D VII d 4721.

auf die Aufhebung der Entfremdung zwischen Parteiführung und Mitgliedern zu konzentrieren. Die heftige parteiinterne Auseinandersetzung um den Aufbau des Sozialismus, die z. T. die Ursache für Parteiausschlüsse und Parteiaustritte auch von Funktionären gewesen war¹⁰², beschäftigte weiterhin die Vorstandsmitglieder¹⁰³. Die führende Rolle der SED war angefochten, der von ihr propagierte Weg zum Sozialismus wurde in Zweifel gezogen. Die Aufforderung, die Dr. Loch am 23. Juni 1953 im „Morgen“ an die Funktionäre der Partei richtete, im Sinne der Entschließung des 5. Parteitages weiterzuarbeiten und den Aufbau des Sozialismus zu unterstützen, traf auf Unverständnis¹⁰⁴, dachte doch zumindest ein Teil der Funktionäre auf Bezirksebene daran, daß ihre Partei sich angesichts des offenen Fiaskos der SED bereithalten müsse, um Verantwortung zu übernehmen – und dazu auch in der Lage sei. An das Eingeständnis der SED-Führung, Fehler gemacht zu haben, wurde die Frage geknüpft, ob das nicht direkte Rückwirkungen auf den um die Jahreswende 1952/53 verhafteten Parteivorsitzenden Dr. Hamann haben müsse, ob man ihn nicht zurückberufen oder ob man die Regierung nun nicht entlassen müsse¹⁰⁵. An massiver Kritik an der Regierung, an der Partei und am Parteivorstand fehlte es schon in den Monatsberichten an die Parteileitung nicht; noch deutlicher waren allerdings die Berichte des Mitglieds des LDP-Parteivorstandes Agsten, der im August eine Reihe von Bezirken bereiste. In ihnen wurde deutlich, daß die Parteilarbeit in einigen Kreis- und Ortsverbänden ganz ruhte, in anderen Regionen war die LDP in Auflösung begriffen¹⁰⁶. In der Stadt Potsdam, wo von den ehemals 300 Mitgliedern nur 180 übriggeblieben waren und diese nicht zur Parteilarbeit bereit waren, konnte man z. B. kaum die Mandate in Stadtbezirksversammlungen wahrnehmen¹⁰⁷.

Zusammenfassend kann zu der Haltung der Mitglieder und eines Großteils der mittleren Funktionäre der Blockparteien gesagt werden, daß es bei ihnen kaum Loya-

¹⁰² Hier genannt: Baluch aus Weida, Bez. Gera. Protokoll, in: Ebenda, D V d 25927 a.

¹⁰³ Dieckmann meint: „Der planmäßige Aufbau des Sozialismus bedeute keinen grundsätzlich neuen Kurs, sondern eine folgerichtige Festsetzung einer Reform. Es geht um die Frage, ob Menschen liberaler Einstellung mitarbeiten dürfen und wollen.“ Siehe auch Gerlach, in: Ebenda, D XIX b 2111 a, S. 12, Politischer Ausschuß, Analyse.

¹⁰⁴ LDP-Bezirksverband Dresden – Arbeitsbericht – Protokolle, in: Ebenda, D V 1 22130 a.

¹⁰⁵ „Bericht über die Lage in den Blockparteien“, SED Bezirke Berlin/Potsdam vom 24. 6. 1953, in: IfGA.ZPA. IV 2/5/549, Bl. 41.

¹⁰⁶ Die Beitragszahlungen der Mitglieder waren mangelhaft, die Arbeitsdisziplin der unter schwierigen Verhältnissen arbeitenden Kreissekretäre gering; vgl. Bericht des LDP-Bezirksverbandes Halle vom 22. 6. 1953, in: ADL D XIX b 283000. Zusammenfassender Bericht des LDP-Bezirksverbandes Magdeburg, in: Ebenda, b 2111 a, S. 15; Bericht LDP-Brandenburg vom 23. 6. 1953, in: Ebenda, XIX 23534 c. In einer Analyse für eine Sitzung des Politischen Ausschusses werden schwere Mängel in einer ganzen Reihe von Bezirksvorständen festgehalten, u. a. Nichtbefolgen der Anweisungen der Parteiführung; vgl. ADL D XIX b 2111 a. In dem Arbeitsbericht zum Kreis Bitterfeld vom 5. 11. 1953 heißt es, die Hebung der Parteidisziplin sei notwendig, aber sehr schwierig, „da nicht bis zu Parteaufträgen gegangen werden kann, weil dann mit Austritt aus der Partei gedroht wird“. V. Arbeitsbericht, Oktober 1953 (5. 11. 1953), in: ADL D XIX c 25366 a.

¹⁰⁷ Agsten, LDP-Parteivorstand, „Persönlicher Bericht über die Lage in den Parteiverbänden“, Berlin vom 11. 8. 1953, in: ADL D XIX b 31695.

lität gegenüber dem SED-Regime gab, aber bei den meisten auch keine aktive Widerstandshaltung, die sich über aufmüpfige Reden hinaus in Handlungen manifestiert hätte.

Zuverlässigkeit im Sinne der SED war, soweit das zu erkennen ist, lediglich in einem kleinen Kreis der *Vorsitzenden und der Vorstände* dieser Parteien anzutreffen, nämlich unter den sogenannten „fortschrittlichen“ Kräften, die die SED z. T. in die Blockparteien eingeschleust und gefördert hatte oder die sich der SED persönlich verpflichtet fühlten. Sie bezeugten ohne Zögern ihre Loyalität zur SED. Otto Nuschke¹⁰⁸, der – auf der Fahrt zu einer telefonisch anberaumten Besprechung mit Ulbricht und Grotewohl in Niederschöneweide am 17. Juni¹⁰⁹ in den Westsektor Berlins abgedrängt worden war – bekannte sich in der kurzen Haft in einem Rundfunkinterview entschieden zur Regierung der DDR und deren Politik¹¹⁰. Johannes Dieckmann, der LDP-Volkammerpräsident, äußerte auf der Besprechung in Niederschöneweide, wo die „Verschleppung“ Nuschkes schon bekannt war: „Wir werden uns rächen, und systematisch Brände anlegen.“¹¹¹ Gerald Götting, der Generalsekretär der CDU, war, wie das schon in den Berichten über die Bemühungen der CDU-Führung zur Bekämpfung der innerparteilichen Opposition angeklungen ist, in ganz besonderem Maße im Sinne der SED tätig. Schon am Morgen des 17. Juni, als man sich im ZK noch bemühte, die in schneller Folge eintreffenden Hiobsbotschaften zu sichten, war er bestrebt, das durch Demonstranten gefährdete Erscheinen der CDU-Zeitung „Neue Zeit“ zu sichern¹¹². Die „Diskussionen“ mit den „reaktionären“ Kräften in den Kreisfunktionärskonferenzen der CDU, bei denen sich die „fortschrittlichen“ Kräfte unter Göttings Leitung nur „ungenügend“ durchsetzen konnten¹¹³, waren dadurch gekennzeichnet, daß die Staatssicherheit in Absprache mit dem Generalsekretär die Lage im Sinne der SED be-

¹⁰⁸ Otto Nuschke, * 1883, Journalist, in der NS-Zeit Landwirt, ehemals DDP-Mitglied, 1945 Mitgründer der CDU, September 1948–1957 Vorsitzender der CDU, stellvertretender Ministerpräsident.

¹⁰⁹ Besprechung in Niederschöneweide am 17. 6., 15.00 Uhr, mit den Blockpartei-Vorsitzenden, dem Volkammerpräsidenten und Gewerkschaftsführern. Handschriftliche Aufzeichnungen Grotewohls im Nachlaß Grotewohl, ferner Schreiben Göttings an Grotewohl vom 18. 6., in: IfGA.ZPA. NL 90/437, Bl. 14 und 18.

¹¹⁰ Rundfunkinterview in: Der Volksaufstand vom 17. Juni, Nr. 25. Glückwünsche des thüringischen Bischofs Mitzenheim vom 26. 6. 1953, in: ACDP VII 010 – 0757; Schreiben Stefan Heyms an Otto Nuschke vom 23. 7. 1953, in: Ebenda, VII 010 A 1835. Berichte über den Vorgang, Bemühungen zur Freilassung und die Rückkehr, in: Ebenda, VII 10 1057, VII 13 – 1214. Informationen über die Beteiligung von V-Leuten des Ost-Büros der SPD an den Vorgängen bleiben widersprüchlich und dubios; vgl. Buschfort, Ostbüro, S. 95 f. Der Wagen des LDP-Vorsitzenden war bei dieser Gelegenheit mit Steinen beworfen worden; Bericht auf der Sitzung des Zentralvorstandes der LDP vom 5. 7. 1953, Protokoll, in: ADL D V d 259227.

¹¹¹ Handschriftliche Notizen Grotewohls vom 17. 6. 1953, in: IfGA.ZPA. NL 90/437, Bl. 14.

¹¹² Notiz über einen Anruf Göttings beim ZK vom 17. 6. 1953, 11.00 Uhr, in: Ebenda, IV 2/5/530, Bl. 18. Für ein Blaubuch, das dann nicht erschien, war ein Artikel vorgesehen „Westberliner Banditen bombardieren die Neue Zeit“; Unterlagen in: ACDP VII 011 A 782.

¹¹³ Aktennotiz der Abteilung Befreundete Organisationen des ZK vom 29. 10. 1953, in: IfGA.ZPA. IV 2/15/6.

reinihte¹¹⁴. Die Entlarvung der in Verbindung zu Westberlin stehenden Kreisvorsitzenden in der Kreisstadt und im Landkreis Waren im Bezirk Neubrandenburg z. B. sollte nach einem Vorschlag von Götting – den er der zuständigen Abteilung im ZK mitteilte – so erfolgen, daß er auf einer Kreisversammlung das Thema anspreche. „Anschließend soll dann die Staatssicherheit zugreifen.“¹¹⁵

Es braucht nicht eigens erwähnt zu werden, daß sich die Parteileitungen von CDU und LDP in ihren öffentlichen Erklärungen vom 17. (LDP) bzw. 18. Juni (CDU) der offiziellen Version der SED in der Regierungserklärung über Entstehung und Charakter der Unruhen anschlossen¹¹⁶. Diese war in der Sitzung in Niederschöneweide am 17. Juni mit der Maßgabe, „Grundlage der Parteierklärungen“ zu sein, festgelegt worden. Sie wurde künftig auch den internen Beratungen zugrundegelegt¹¹⁷. Die Unruhen resultierten – wie die Parteipresse unentwegt wiederholte¹¹⁸ – aus Provokationen „faschistischer und anderer reaktionärer Elemente“ West-Berlins, die die Ordnung im östlichen Sektor der Stadt stören, die Reformmaßnahmen der Regierung durchkreuzen und die Herstellung der Einheit Deutschlands erschweren wollten. Die u. a. durch Ungeschicklichkeiten der Presse verunsicherten Arbeitermassen seien durch ausländische Agenten und ihre deutschen Helfershelfer zur Unbesonnenheit verführt worden. Die Bevölkerung wurde aufgefordert, die Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung zu unterstützen, an der Ergreifung der Provokateure mitzuwirken und selbst die notwendigen Maßnahmen zur Wiederherstellung eines normalen Arbeitsverlaufes zu ergreifen¹¹⁹.

Aber die Erklärungen und auch die konkreten Anweisungen, die der Politische Ausschuß der CDU am 18. Juni 1953 an die Bezirksvorstände¹²⁰ und der weisungsbefugte

¹¹⁴ Sefrin, CDU-Vorstand, Mitteilung an die Abteilung Befreundete Organisationen des ZK vom 29. 10. 1953, Aktennotiz, in: Ebenda.

¹¹⁵ Göttings Gespräch mit Lipfert und Burkhardt [vom ZK der SED Abtl. Befreundete Organisationen] am 13. 11. 1953, Aktenvermerk, in: Ebenda.

¹¹⁶ Zum Zustandekommen der Sprachregelung vgl. handschriftliche Aufzeichnungen Grotewohls, in: IfGA.ZPA. NL 90/437, Bl. 14. Erklärung des Politischen Ausschusses des CDU-Vorstandes vom 18. 6. 1953, in: ACDP VII 013 A 1728.

¹¹⁷ Zur CDU vgl. Anlage 2 zum Protokoll über die Sitzung des Politischen Ausschusses vom 18. 6. 1953, in: ACDP VII 013 A 1214; „Wie konnte es zum 17. Juni kommen?“, in: Ebenda, 012 A 3014; vgl. Sitzung des LDP-Zentralvorstandes am 5. 7. 1953, Ausführungen des Parteivorsitzenden Dr. Loch, Protokoll, in: ADL D V d 25927 a.

¹¹⁸ Die Zeitungen der Blockparteien überschlugen sich förmlich, weil in diesen Parteien „die reaktionären Elemente diesen 17. Juni als ihren Sieg“ ansahen. Generalsekretär Rose der Bauernpartei auf der Sitzung des Parteivorstandes der DBD am 29. 6. 1953, in: ACDP 0524.

¹¹⁹ Entwurf der Bekanntmachung (mit handschriftlichen Korrekturen Grotewohls) vom 17. 6., in: IfGA.ZPA. NL 90/437, Bl. 16.

¹²⁰ Die Direktive des Politischen Ausschusses des CDU-Vorstandes an die Bezirkssekretäre vom 18. 6. 1953 rief u. a. die Mitglieder auf, „an ihrer ehrlichen Haltung gegenüber der Regierung keinen Zweifel aufkommen“ zu lassen. Stellungnahmen zu den Vorgängen sollten ausgearbeitet werden: „Haupt-schwerpunkt: Nachweis des faschistischen Charakters der Provokationen; Zielrichtung: Beruhigung des Bürgertums, der Bauernschaft und der Geistlichkeit.“ Sogleich sollten Stichproben bei den Kreis- und Ortsvorständen vorgenommen werden. „Entwurf einer Direktive an die Bezirksvorstände der Partei“ vom 18. 6. 1953, in: ACDP VII 013 A 1728.

Generalsekretär der LDP am 18. und 20. Juni 1953 in Rundschreiben an die Kreis- und Ortsgruppen herausgehen ließen, blieben ohne überzeugende Wirkung¹²¹. „Unserem Überlick nach“, so faßte die Abteilung Befreundete Organisationen des ZK zusammen, „gelang es den fortschrittlichen Kräften nur ungenügend, ihren Einfluß auf die schwankenden [Funktionäre] und zur Isolierung der negativen Kräfte zu verstärken.“¹²² In der Aufzeichnung wurde hinzugefügt: „Die CDU ist die Partei, in der am stärksten der Feind arbeitet.“¹²³

Angesichts dieser Verdächtigung ist es verständlich, daß die Selbstbezeichnungen der CDU-Führung, die die wiedererlangte Zuverlässigkeit nach der stalinistischen Praxis von „Kritik und Selbstkritik“ demonstrieren sollten, besonders nachdrücklich ausfielen. Der Politische Ausschuß des CDU-Parteivorstandes habe sich am 16. Juni „unter Ignorierung der inzwischen eingetretenen Situation“¹²⁴ mit Fragen des Gesundheitswesens befaßt und keine Verbindung mit der SKK oder dem ZK aufgenommen¹²⁵. Auch am 17. Juni sei das Sekretariat der Parteileitung „nicht völlig Herr der Lage“ gewesen¹²⁶, die gewaltsame Entführung des Parteivorsitzenden Nuschke nach Westberlin habe die ganze Aufmerksamkeit in Anspruch genommen.

Unter den gegebenen Umständen erhielten die nach dem 17. Juni einsetzenden Säuberungen unter den Funktionsträgern der beiden Parteien, wie sie von der SED nachdrücklich angemahnt wurden¹²⁷, besondere Bedeutung. Mit Härte ging die LDP-Führung gegen die Parteiangestellten vor. Ohne jede Diskussion möglicher Motive sollte gelten: „Wenn ein Angestellter der Partei den Rücktritt der Regierung gefordert hat, so ist er fehl am Platze“ und müsse suspendiert werden, stellte Generalsekretär Täschner auf der Sitzung der Bezirkssekretäre mit den leitenden Mitarbeitern der Parteileitung am 9. Juli 1953 in Berlin fest¹²⁸. Der LDP-Generalsekretär kam bei der Gesamtschätzung der Parteifunktionäre noch am 4. November 1953 zu dem Ergebnis: zwei Bezirksvorsitzende, zwei stellvertretende Bezirksvorsitzende und fünf Kreisvorsitzende seien abuberufen, bei elf weiteren Funktionären in dieser Stellung sei eine beson-

¹²¹ Schriftliche Verhaltensanweisungen an LDP-Kreis- und -Ortsgruppen wurden nur von sechs der 13 Bezirksverbände schriftlich weitergereicht und nur in drei Fällen kommentiert; vgl. ADL D XVIII 23 534; „Analyse über die politische Arbeit der Bezirksvorstände seit dem 11. Juni 1953“, in: Ebenda, D XIX b 2111 a, S. 8.

¹²² Besprechung mit Götting, o. D., Aktenvermerk, in: IfGA.ZPA. IV 2/15/6.

¹²³ Aktenvermerk, o. D. (Anfang 1954), in: Ebenda.

¹²⁴ Über die Vorgänge am 16. 6. 1953 in Berlin war man u. a. durch drei vom Generalsekretär zur Beobachtung der Demonstration der Bauarbeiter vor dem Haus der Ministerien entsandte Mitarbeiter des Parteivorstandes unterrichtet; vgl. Bericht Fischer vom 16. 6., in: ACDP VII 013.A 1743.

¹²⁵ Politischer Ausschuß des CDU-Vorstandes „Über einige Fehler“, o. D., in: Ebenda, S. 2.

¹²⁶ Selbstbezeichnung in „Anlage 2 zum Protokoll über die Sitzung des Politischen Ausschusses vom 18. 6. 1953“, in: Ebenda, VII 012 A 3014.

¹²⁷ Abteilungsleitung Befreundete Organisationen im ZK, Besprechung mit Götting, Aktennotiz, in: IfGA.ZPA. IV 2/15/6.

¹²⁸ „Protokoll über die Sitzung der Bezirkssekretäre mit den leitenden Mitarbeitern der Parteileitung am 9. Juli 1953, 11 Uhr in Berlin“, in: ADL D VI 20062 a, Abschn. 12, S. 1.

dere Beobachtung und eine eventuelle Ablösung in Erwägung zu ziehen¹²⁹. Für die CDU vermerkte die Abteilung Befreundete Organisationen des ZK am 26. Mai 1954: „Bis auf Dresden und Meissen überwiegen . . . [bei] den neuen Kreisvorsitzenden die positiven Kräfte. Es gelang, alle Großbauern aus den Kreisvorständen zu entfernen, das trifft auch auf Meissen zu.“¹³⁰ Die Verfolgung von sogenannten „Agenten“ und „Provokateuren“, wie sie schon vor dem 17. Juni in der DDR üblich gewesen war, traf die Blockparteien mit voller Härte¹³¹. Mit großer Mühe konnten die „fortschrittlichen“ Funktionäre der Parteileitungen sich schließlich in den bürgerlichen Parteien durchsetzen. Erst nach monatelanger Arbeit gelang es, die mittleren und unteren Parteifunktionäre gefügig zu machen¹³².

IV. Die Blockparteien und der „Neue Kurs“

Die „fortschrittlichen“ Kräfte in den Führungen der Blockparteien übernahmen die ihnen von der SED zugedachten Aufgaben ohne ersichtliche Bedenken. Das galt – nach dem Scheitern des Aufstandes und der inneren „Festigung“ der Parteien – auch für die Politik des „Neuen Kurses“, die nach dem ZK-Plenum vom 21. Juni 1953 beschleunigt in die Tat umgesetzt werden sollte.

In dem sowjetischen Memorandum vom 3. Juni 1953¹³³, das – wie gezeigt – die Dinge in der DDR in Bewegung gebracht hatte, waren die Blockparteien im Zusammenhang mit der Notwendigkeit „breiter Entfaltung der politischen Arbeit in allen Volksschichten“ genannt worden. Darin schien sich eine gewisse Erweiterung der politischen Mitwirkungsmöglichkeiten anzudeuten. Auf der Sitzung des Politbüros vom 6. Juni 1953 bekräftigte dies Oelßner, der für Propaganda zuständige Sekretär des ZK, als er sagte: „Lockerung der Diktatur ist nötig. Blockpolitik ehrlich (Aufgabe der Bevormundung). Klassenkampf nicht schüren, nicht schreien“, und der sowjetische Hohe Kommissar

¹²⁹ Generalsekretär der LDP, Analyse über die Arbeit der Partei vom 4.11. 1953, Vertrauliche Verschlussache. Gesamteinschätzung, in: ADL D XIX b 3607, S. 34.

¹³⁰ Aktenvermerk der Abteilung Befreundete Organisationen vom 26. 5. 1954, in: IfGA.ZPA. IV 2/15/6.

¹³¹ Der Vorsitzende der DBD, der Altkommunist Goldenbaum, erklärte am 29. 6. 1953: „Wir müssen (. . .) suchen, woher kommen die Agenten. Sie müssen nicht in unserer Partei sitzen, sie können auch in der SED sein.“; vgl. Protokoll zur Sitzung des Parteivorstandes der DBD, in: ACDP 0524 und 1203. Die Mitgliederabgänge in den Blockparteien verlangsamten sich nach dem 17. Juni aufgrund verschiedener Umstände. Einerseits nahm die Fluchtbewegung infolge des Belagerungszustandes, der intensiven Kontrollen, der Einschüchterung durch Verhaftungen und Gewalturteile ab. Andererseits war die Durchforstung der Mitgliederlisten nach Karteileichen in den Vormonaten erfolgreich gewesen. Deutlich stieg nun aber die Zahl der Austritte, bei denen offen politische Gründe genannt wurden. Vgl. ADL D XIX b 157 70 a, für die CDU: ACDP VII 012–2181. Die „Erläuterung zur Generalanalyse der Parteileitung für die Zeit vom Januar 1952 – Dezember 1953“ hob die angeblich erfolgreiche Tätigkeit der CDU bei der Entwicklung der Fluchtbewegung hervor, in: Ebenda.

¹³² Unterlagen zur Auseinandersetzung der Parteiführung mit der Basis, in: ACDP VII 011 A 1281/1268/1300/0782/1363.

¹³³ Siehe Anm. 30. Peter Przybylski, Tatort Politbüro, S. 245 f.

Semjonow ergänzte: „Block ernst arbeiten. Bürger müssen kritisieren und uns bremsen. Block stärker öffnen.“¹³⁴ Das Ziel, für die SED breite, auch bürgerliche Bevölkerungsschichten zu gewinnen, war klar, keineswegs jedoch, welches Maß an „Freiheit“ und „Beteiligung“ den anderen Parteien dafür eingeräumt werden sollte. Daß es sich bei den diesbezüglichen Entscheidungen keineswegs um die Preisgabe der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse handeln würde, daß das angestrebte Ziel der Verwirklichung des Sozialismus durchaus nicht aufgegeben war, wurde den Parteileitungen der Blockparteien bei der Unterrichtung durch die SED schnell bewußt¹³⁵. In der Analyse „Zur neuen politischen Situation“, die sich in den Papieren des Politischen Ausschusses des CDU-Vorstandes befindet¹³⁶, wird aus marxistischer Sicht die Kontinuität der Politik der SED sowohl bei der Durchsetzung des Sozialismus¹³⁷ wie in der nationalen Frage dargelegt. Bei Beibehaltung des Zieles der Durchsetzung der „neuen (sozialistischen) Gesellschaftsordnung im Weltmaßstab“ sollte es für die CDU speziell – anders als bei der auf die SPD angesetzten SED – darauf ankommen, der „Deutschen Sammlung“ und dem „Bund der Deutschen“¹³⁸ die „nachhaltigste und tatkräftigste Unterstützung zuteil“ werden zu lassen, „um breiteste Kreise zum aktiven Kampf gegen das Adenauer-Regime zu gewinnen und dem Bund der Deutschen ein starkes Abschneiden bei den Bundestagswahlen zu ermöglichen“¹³⁹. In öffentlichen Erklärungen begrüßten die Parteiführungen den Kurswechsel, bekräftigten ihre bisherigen Positionen zum Sozialismus und unterstützten die nationale Mobilisierung¹⁴⁰; andererseits bekannnten sie sich zu ihrer Mitverantwortung an den vorangegangenen Fehlentwicklungen – so die CDU auch an der bisherigen Kirchenpolitik der Regierung¹⁴¹.

Die Frage war darüber hinaus, wie sich die Arbeit der Blockparteien nach der Katastrophe des 17. Juni weiterentwickeln sollte. Hier ergriffen die Blockparteien, allen

¹³⁴ Notizen Grotewohl, in: Scherstjanoi, „Wollen wir den Sozialismus?“, S. 669; Entwurf des Beschlusses des ZK der SED vom 6. 6. 1953, Punkt 6a, in: IfGA.ZPA. NL 90/699, Bl. 44–47.

¹³⁵ Protokoll über die Diskussion auf der Sitzung des Zentralvorstandes der LDP am 5. 7. 1953, in ADL DV d 25927 a S. 1 ff.

¹³⁶ In: ACDP VII 012 A 3014.

¹³⁷ „Dass die neuen taktischen Maßnahmen nicht im geringsten von den Grundsätzen der marxistischen Politik abweichen, soll ein Hinweis von Lenin erhärten.“ Es folgt ein Leninzitat aus dem Aufsatz „Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“, W. Lenin, Ausgewählte Werke, Moskau 1947, Bd. II, S. 715 f.

¹³⁸ Die „Deutsche Sammlung für Einheit, Frieden und Freiheit“ war im Juni 1952 von dem ehemaligen Reichskanzler Joseph Wirth und dem Oberbürgermeister von Mönchen-Gladbach Wilhelm Elfes (beides ehemalige Zentrumsmitglieder) als Oppositionsbewegung gegen die Westpolitik Adenauers gegründet worden; 1953 konstituierte sich daraus der „Bund der Deutschen“ als politische Partei. Wirth, Elfes und auch der spätere Generalsekretär Josef Weber waren bereit, offen mit der DDR zusammenzuarbeiten. Vgl. Albert Eßer, Wilhelm Elfes, 1884–1969. Arbeiterführer und Politiker, Mainz 1990, S. 235 ff.

¹³⁹ Vgl. „Zur neuen politischen Situation“, S. 2, in: ACDP VII 012 A 3014.

¹⁴⁰ Anlage 2 zum Protokoll über die Sitzung des Politischen Ausschusses vom 18. 6. 1953, in: Ebenda, VII 013 A 1214.

¹⁴¹ Vgl. die Analyse des Politischen Ausschusses des CDU-Vorstandes „Wie konnte es zum 17. Juni 1953 kommen?“, o. D., in: Ebenda VII 012 A 3014.

voran die CDU, die Initiative. Es ging den Parteileitungen dabei 1. um die grundsätzliche Klärung ihrer Position im Blocksystem und damit im SED-Regime, und 2. um die praktische Ausfüllung der ihnen, wie es schien, neu eröffneten Möglichkeiten.

Um es vorwegzunehmen: Die Blockparteien interpretierten ihre Rolle ganz im Sinne der SED. An der Nützlichkeit ihrer Parteien für das Regime ließen sie weiterhin keine Zweifel aufkommen, wenn auch vor allem unter den Mitgliedern der LDP die Befürchtung vorhanden war, „daß die Regierung oder die SED alles versuche, um unsere Partei (die LDP) zu zerschlagen“¹⁴². LDP- und auch CDU-Führung warfen sich – mit Blick auf den 17. Juni – vor, die Fehler zwar erkannt, aber nicht genügend zur Sprache gebracht zu haben; dafür entschuldigten sie sich pflichtgemäß¹⁴³. In einer Analyse der CDU „Wie konnte es zum 17. Juni kommen?“ heißt es: „Wir waren diszipliniert und wir glaubten, das Zentralkomitee der SED werde den richtigen Weg vorschreiben und beschreiten.“ Jedoch „leider hat das Zentralkomitee der SED fast niemals eine wirklich führende und anleitende Rolle gespielt. Es mußte den Anschein haben, als ob die SED auf die Alleinherrschaft hinauswolle, ohne die so wichtigen Transmissionsriemen der demokratischen Parteien und Massenorganisationen in wirklich echter Weise zu nutzen.“¹⁴⁴ Für die Zukunft mußten „neue Formen der Zusammenarbeit zwischen ZK und den demokratischen Parteien gefunden werden, wobei das ZK wirklich führen muß, zugleich aber konsultieren und auf bestimmte Vorschläge und Warnungen, die von den demokratischen Parteien gemacht werden, achten“¹⁴⁵.

Die Aufgabe der Blockparteien wurde weiterhin darin gesehen, „die Schichten des Kleinbürgertums für den (...) Regierungskurs zu gewinnen“¹⁴⁶. Die Leitungen der Blockparteien selbst empfahlen der SED „die Ausnutzung der bürgerlichen Parteien als Instrumente der gesellschaftlichen Entwicklung“, wie es im genannten Papier der CDU hieß¹⁴⁷. Nicht die Vertretung der politischen Interessen ihrer Mitglieder, sondern deren Erfassung und Mobilisierung für das SED-Regime sollte den Blockparteien Existenzberechtigung geben. In der Analyse der CDU zum 17. Juni hieß es dazu: „Un-

¹⁴² „Analyse über die Arbeit der Partei“, August 1953, Abschn. V/h, Bericht über die Stimmung in der Mitgliedschaft und Bevölkerung, S. 3, in: ADL D XIX 9154 a.

¹⁴³ „Wie konnte es zum 17. Juni kommen?“, S. 8, in: ACDP VII 012 A 3014.

¹⁴⁴ Ebenda, S. 7 f.

¹⁴⁵ Ebenda, S. 8.

¹⁴⁶ Fischer vom CDU-Vorstand in der „Analyse über die Lage und die Aufgabe der Partei“ vom 26. 6. 1953, Punkt 8. Als Material der CDU im Bestand der Abteilung Befreundete Organisationen, in: IfGA.ZPA. IV 2/15/3. Gen.Sekr. Rose, DBD, Aufgabe „den Mittelstand zu aktivieren“, auf der Sitzung des Parteivorstandes der DBD vom 29. 6. 1953, in: ACDP 0524. Anweisung der Abteilung Leitende Organe an die 1. Sekretäre der Bezirke der SED vom 15. 6. 1953, in: IfGA.ZPA. IV 2/5/524, Bl. 82.

¹⁴⁷ „Wie konnte es zum 17. Juni kommen?“, in: ACDP VII 012 A 3014 und VI 013 A 1713. „Aus außerpolitischen Gründen“ solle die LDP, „bevor sie (im Zuge der weiteren Entwicklung) ganz eingehe“, nach Meinungen im politischen Lager vorerst noch Bestand haben, meinte der LDP-Volkskammerpräsident Dieckmann bei einem Gespräch im ZK schon am 14. 8. 1952; vgl. Hausmitteilung für Gen. Schön, Betr.: Besprechung mit dem Generalsekretär der LDP, Herrn Täschner, im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/510, Bl. 379.

sere Partei kann zweifellos nicht wie die SED Massen mobilisieren, das kann nicht unsere Aufgabe sein; aber wir haben die gute Möglichkeit, die Stimmung in breiteren Kreisen der Bevölkerung zu studieren und zu verstehen.“ Und darüber hinaus: „... wir haben die Möglichkeit zu differenzieren, wo es um prinzipiell negative (d. h. SED-feindliche) und wo es um berechnete Diskussionen von Schwächen u. s. w. geht“. Welche Konsequenzen das haben konnte, wurde beispielhaft deutlich in der Auseinandersetzung um die Ortsgruppe Freyenstein, Kreis Wittstock. Der Ortsverband regte an, daß sich der Parteivorsitzende Nuschke für drei verhaftete Parteimitglieder einsetzen sollte, so wie das angeblich in anderen Fällen bereits erfolgt war. Dr. Toeplitz, „fortschrittliches“ Mitglied im Parteivorstand, schaltete sich ein: Die Parteimitglieder gingen von falschen Voraussetzungen aus. „Sie verstehen weder das Prinzip der Blockpartei noch die führende Rolle der Arbeiterklasse in unserer demokratischen Ordnung!“¹⁴⁸ Für die CDU-Führung ging es nicht um die Wahrnehmung der Interessen der Parteifreunde gegen die SED, sondern um die Durchsetzung der von der SED angeordneten Maßnahmen gegen die Mitglieder. Ganz ungewollt klingt hier eine Einstellung an, die Hannah Arendt¹⁴⁹ für das Verhalten von Menschen in totalitären Regimen so beschrieben hat: Bei Säuberungswellen gebe es nur ein Mittel, seine Zuverlässigkeit zu beweisen, d. h. seine Freunde zu verraten, ein Verhalten, das von den Blockparteien zumindest ansatzweise im Fall Dertinger oder Dr. Hamann und in vielen anderen Fällen praktiziert worden war, wo Beschuldigungen gegen Parteimitglieder sofort mit deren Parteiausschluß gehandelt worden waren.

Freilich war es eine Täuschung, daß die SED den „bürgerlichen“ Parteien mehr als nur ein bescheidenes, eigenes Aufgabenfeld zuerkennen würde¹⁵⁰. In einem Memorandum der Abteilung Leitende Organe vom 23. Januar 1953 hieß es, die CDU habe die Aufgabe, durch ihre Arbeit „die Beeinflussung durch reaktionäre Kirchenkreise zurückzudrängen“. Aber, so lautete die Ergänzung: Die Forderung nach einer Monopolstellung der CDU zur Bearbeitung „christlicher Kreise der Bevölkerung muß abgelehnt werden“. Darüber hinaus sei die Tätigkeit in Betrieben auszuschließen und „organisatorische Zusammenfassungen von Mitgliedern (...) nach fachlichen Gesichtspunkten im überörtlichen Rahmen nicht mehr zu gestatten“¹⁵¹. Was die Informationen anging, war die SED eher an eigenen, direkten Ermittlungen interessiert, wie sie den ersten Sekretären der Bezirksleitungen der SED am 21. Juni 1953 aufgetragen wurden: „Man soll Familien persönlich aufsuchen, in den Bekanntenkreisen sich erkundi-

¹⁴⁸ Dr. H. Toeplitz an Seffrin (beide CDU-Parteileitung) am 8. 9. 1953, in: ACDP VII 013 A 1743.

¹⁴⁹ Hannah Arendt, *Elemente totaler Herrschaft*, Frankfurt a. M. 1958, S. 219.

¹⁵⁰ Schlußfolgerung aus dem Bericht der Abteilung Leitende Organe über die CDU vom 23. 1. 1952, S. 5, in: IfGA.ZPA. IV 2/5/504, Bl. 62. Die von der CDU angestrebte Ausweitung des Arbeiter- und Angestelltenanteils sollte z. B. verhindert werden, in: Ebenda, Bl. 60. Ferner „Bericht über die Lage in den anderen Parteien nach der II. Parteikonferenz“, in: Ebenda, IV 2/5/503.

¹⁵¹ Abteilung Leitende Organe, Vorlage an das Politbüro vom 28. 1. 1953, Betr. Durchführung der Blockarbeit, (4. rasche Liquidierung der Betriebsgruppen), in: IfGA.ZPA. NL 90/504, Bl. 54. „Direktive zur Arbeit der Betriebsgruppen“, Politischer Ausschuß des CDU-Vorstandes vom 12. 5. 1953, in: Ebenda, IV 2/15/3.

gen, d. h. überall dort, wo man eine Atmosphäre des Sich-Aussprechens schaffen kann, wo es zu einem echten Gespräch kommen kann (. . .). Heute abend noch muß man in Lokale gehen und sozusagen die Gespräche hören.“¹⁵² Eine Neuorganisation der Staatssicherheit, die unter Zaisser zumindest im Vorfeld des 17. Juni nicht effektiv genug gearbeitet zu haben scheint, nach sowjetischem Vorbild stand an¹⁵³.

Daß eine „ehrliche“ Blockarbeit die Vertretung unterschiedlicher gesellschaftlicher Kräfte im Block möglich machen könne, war eine Illusion, der sich Otto Nuschke und zunächst auch der unter Generalsekretär Götting besonders aktive Politische Ausschuß der Parteileitung der CDU hingegeben zu haben scheinen. Dabei stand allerdings der Demonstrationseffekt für die eigene Partei sehr stark im Mittelpunkt¹⁵⁴. Die Anfang Juli 1953 – zum Mißfallen des LDP-Vorsitzenden Dr. Loch, der von Effekthascherei sprach¹⁵⁵ – an Ministerpräsident Grotewohl gerichteten 14 Eingaben der CDU, die im zentralen Blockausschuß behandelt werden sollten, bezogen sich auf ein breites Spektrum von Mißständen¹⁵⁶. Sie reichten von Steuer- und Abgabenregelungen für die private Wirtschaft¹⁵⁷ über die Abänderung der Erfassungstermine für die Ablieferung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse¹⁵⁸, die Wiedererrichtung der Handelskammern, das Hochschulwesen, die Kauttionen bei Fernsprechern, den Antrag zur Freigabe der Insel Rügen, die zuvor wegen des Baus einer U-Bootbasis gesperrt worden war, bis zur Kirchensteuer¹⁵⁹. Außerdem wurde vom Politischen Ausschuß am 30. Juni 1953 ein Entwurf von Richtlinien über die Arbeit des Demokratischen Blocks beraten und dem ZK sowie den Parteivorständen der anderen Parteien und der Massenorganisationen zugeleitet¹⁶⁰.

Die ehrgeizigen Initiativen der CDU weckten das Mißtrauen der SED, die meinte, daß die CDU „nach dem 17. 6. eine Politik eingeschlagen [habe], die nicht dazu bei-

¹⁵² Anweisung Karl Schirdewan, Abteilung Leitende Organe an die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen der SED vom 21. 6. 1953, in: Ebenda, IV 2/5/530, Bl. 127 f.

¹⁵³ Brief Zaisers an Grotewohl vom 13. 7. 1953, im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/699. Ebenso Vorlage der Abteilung Leitende Organe vom 31. 8. 1953 an das ZK „Betr.: Beschluß des Politbüros über die Arbeit der Parteiorganisation im St.S. f. Staatssicherheit des M. d. I.“, in: Ebenda, IV 2/5/2, Bl. 169–176.

¹⁵⁴ Broschüre „Vorschläge der CDU“ eingeleitet von Götting vom 16. 7. 1953, in: ACDP VII 012 A 3014.

¹⁵⁵ Sitzung des Zentralen Blocks vom 25. 6. 1953, stenographische Mitschrift, in: IfGA.ZPA. NL 90/504, Bl. 84–124.

¹⁵⁶ Im Politischen Ausschuß des CDU-Vorstandes wurden die Stimmungsmeldungen und Erfahrungsberichte der Funktionärstagen daraufhin ausgewertet. „Wünsche und Anregungen der Bevölkerung aus den Kreisplanberichten – Monat Juni 53“, in: ACDP VII 012 A 3014, ebenso Fahl für Götting, Auswertung der in den letzten Wochen durchgeführten Kreissekretärstagen vom 13. 7. 1953, in: Ebenda, VII 013 A 1743.

¹⁵⁷ Vorschlag im Nachlaß Grotewohl, in: IfGA.ZPA. NL 90/509, Bl. 254–257 – abgelehnt am 10. 7. 1953 – Blockkommission über Steuerfragen der Privatindustrie, der Landwirtschaft und des Handwerks, Aktenvermerk Pfau, CDU-Vorstand, vom 10. 7. 1953, in: ACDP VII 012 A 3014.

¹⁵⁸ Nachlaß Grotewohl mit Anschreiben vom 8. 7. 1953, in: IfGA.ZPA. NL 90/509, Bl. 259 f.

¹⁵⁹ Sitzung des Politischen Ausschusses vom 27. 7. 1953, in: ACDP VII 012 A 3014.

¹⁶⁰ Otto Nuschke an den Demokratischen Block, „Entwurf von Richtlinien für die Arbeit des Demokratischen Blocks, vom Politischen Ausschuß der CDU beraten am 30. Juni 53“, in: Ebenda.

trägt, den neuen Kurs zu verwirklichen, sondern ihn zu sabotieren und die CDU in eine Oppositionspartei zu verwandeln“¹⁶¹. Sogleich wurden die bewährten Methoden zur Unterdrückung solcher Selbstständigkeitsbestrebungen eingesetzt. Die CDU wurde gezwungen, die Verteilung der in 10 000 Stück gedruckten Broschüre „Vorschläge der CDU“ zu stoppen und die schon verbreiteten Exemplare wieder einzusammeln. Ferner sollten einige Artikel erscheinen, in denen die Reformvorschläge der CDU wieder zurückgenommen wurden¹⁶². Die hartnäckige Vorstellung des Parteivorsitzenden Otto Nuschke, daß die CDU sich auf dem richtigen Wege befinde, wurde von der SED in einer Weise erledigt, wie sie Grotewohl schon am 9. Oktober 1949 für die Blockarbeit beschrieben hatte: Die widerstrebenden Persönlichkeiten sollten in parteiinternen Gremiensitzungen durch die „fortschrittlichen“ Kräfte desavouiert werden, d. h. die Auseinandersetzungen sollten in die bürgerlichen Parteien selbst hineingetrieben werden. In der Sitzung des Politischen Ausschusses des CDU-Vorstandes vertrat erwartungsgemäß der fortschrittliche „Kollege Toeplitz“ gegenüber dem Parteivorsitzenden „eine richtige Linie“¹⁶³. Die Widersprüchlichkeit der Konstruktion des Blocks vor dem Hintergrund unterschiedlicher Interessen gesellschaftlicher Gruppen kam in den „Grundsätzen des antifaschistisch-demokratischen Blocks“ vom September 1953 erneut zum Ausdruck: „Der demokratische Block ist eine auf freier Entscheidung beruhende Gemeinschaft. Seine Beschlüsse werden deshalb nicht durch Mehrheitsabstimmung, sondern durch Einmütigkeit herbeigeführt.“¹⁶⁴

V. Zusammenfassung

1. Im Zuge des „planmäßigen Aufbaus des Sozialismus“ seit 1952 und der Anerkennung der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse wurden die in das politische System der DDR als bürgerliche Transmissionsparteien eingebundene CDU und LDP noch stärker im Sinne der SED instrumentalisiert. Anknüpfend an die innere Aufspaltung in „fortschrittliche“ und „reaktionäre“ Kräfte wurde ihre programmatische und organisatorische Entwicklung gezielt gesteuert. So gewannen die von der LDP als ideologischer Grundbestand propagierte Bejahung des humanen Fortschritts im So-

¹⁶¹ Aktennotiz über die Besprechung der Genossen Burkhardt und Lipfert von der Abteilung Befreundete Organisationen im ZK mit Sefrin vom CDU-Vorstand am 27. 8. 1953, in: IfGA.ZPA. IV 2/15/6.

¹⁶² Aktenvermerk der Abteilung Befreundete Organisationen vom 12. 9. 1953, in: Ebenda.

¹⁶³ Gespräch der Abteilungsleitung der Abteilung Befreundete Organisationen des ZK mit Sefrin vom CDU-Vorstand am 12. 9. 1953, Aktenvermerk, in: Ebenda. Grotewohls Vorschlag vor dem Parteivorstand der SED, zitiert nach Suckut, Entscheidung, S. 173.

¹⁶⁴ Erwähnt sei auch eine gesamtdeutsche Initiative der CDU. Eine „ideelle und politische Unterstützung aller oppositionellen Gruppen in der Bundesrepublik“ (GVP, Zimmerkreis usw.) sollte im Einvernehmen mit dem ZK ins Auge gefaßt werden und außerdem sollten Funktionäre zur Umorientierung der Westdeutschen unter Ausnutzung der Interzonenreisen nach Westdeutschland eingeschleust werden. Vorschlag Günter Wirths am 17. 9. 1953 (nach der Bundestagswahl), in: ACDP VII 010 A 1019.

zialismus oder der von der CDU gewählte Ansatz vom Leben des Christen in einer entchristlichten Welt, der bei einem Konsens mit einem durch die historische Entwicklung gegebenen und zur Erhaltung des Friedens zu stützenden System sich einen weltanschaulichen Dissens erhalten könne, immer mehr den Charakter einer zwanghaften Selbsttäuschung¹⁶⁵.

2. Die von allen Schichten unterstützte Erhebung gegen das SED-Regime im Juni/Juli 1953 löste auch bis in die obere Funktionsebene der Blockparteien Unmutsbekundungen aus. Die interne Kritik der Parteimitglieder blieb aber angesichts des entschiedenen und durchsetzungskräftigen Kurses der SED-hörigen Parteiführungen weitgehend folgenlos. Der Zusammenbruch des Aufstandes gegen das SED-Regime führte nicht zu dessen Änderung, sondern nach einer kurzen Übergangszeit nur zu einer Verfestigung des Systems. Die Realität der DDR war nicht wegzudiskutieren, und die Hoffnung, daß sie nur „ein Interregnum“ bliebe, schwand immer mehr¹⁶⁶.

3. Die den Blockparteien im Rahmen des „Neuen Kurses“ ansatzweise eingeräumten größeren Bewegungsmöglichkeiten gewannen nie ein solches Ausmaß, daß man von einer Freiheit der Interessenvertretung sprechen könnte. Freilich entsprach es auch dem Selbstverständnis der Parteiführungen, Initiativen nur dann zu ergreifen, wenn sie – ganz im Sinne der SED – der effektiveren Durchsetzung der Politik des Systems in den bürgerlichen Gruppen dienten; alles, was darüber hinaus ging oder Anlaß zum Zweifel gab, wurde von der SED unterbunden.

4. Die Blockparteien behielten – so meinten sie selbst – „gesellschaftspolitische Bedeutung“, nachdem ihre ursprüngliche Rolle als Elemente im ansatzweise pluralistisch verfaßten Blocksystem und die damit eng verbundene deutschlandpolitische „Aufgabe“ hinfällig geworden waren. Die trotz größter Bemühungen der SED nicht voll in das Regime integrierbaren Bevölkerungsteile wurden durch die Blockparteien an eine gesellschaftliche Organisation gebunden und damit für den Staat lokalisiert. Dieses – auch an anderer Stelle praktizierte – System mußte um so wirksamer sein, je mehr sich die Menschen, die es betraf, in diesen Organisationen geborgen fühlten, in ihnen Unterstützung zu finden schienen und die Organisationen selbst als nicht bzw. wenigstens nicht ganz von der SED abhängige Einrichtung betrachteten.

Wie sich die Entwicklung in der DDR in den Jahren nach 1953 im einzelnen vollzog, läßt sich nicht – oder besser noch nicht – exakt beschreiben. Die SED, die immerzu bemüht blieb, gesellschaftliche Veränderungen in ihrem Sinne zu steuern, sah sich – angesichts einer Schicht von 500 000 Eigentümern – noch im November 1970 vor die Notwendigkeit gestellt, eine „Bündnispolitik mit diesen sozialen Schichten“ zu praktizieren, so ein Memorandum für Ulbricht vom 23. November 1970¹⁶⁷. Daß die CDU

¹⁶⁵ So CDU-Generalsekretär Götting unter Berufung auf den Theologen Bonhoeffer und Pater Delp auf dem 9. Parteitag der CDU 1960; zitiert nach Wirth, *Umgestaltung der DDR*, S. 144.

¹⁶⁶ Otto Nuschke, zitiert nach Wirth, *ebenda*, S. 146.

¹⁶⁷ Eine Schicht von 500 000 Eigentümern in mittleren und kleinen Betrieben, die einschließlich der Familienangehörigen und der beschäftigten Arbeiter noch etwa 17 % aller Berufstätigen ausmachte, galt als nicht für die Partei der Arbeiterklasse erfassbar. Information für Ulbricht vom 23. 11. 1970, „Betr.:

erfolgreich im Sinne des Systems arbeitete, zeigte sich nicht zuletzt an der steigenden Zahl der Pfarrer, die nach 1953 Mitglieder wurden¹⁶⁸. Fünfzehn Jahre nach dem Aufstand des 17. Juni registrierte die SED in einem Bericht für Ulbricht vom 7. November 1968, daß die CDU bei der „Entwicklung des sozialistischen Staatsbewußtseins“ ihrer Mitglieder vorangekommen sei. „Es kann eingeschätzt werden, daß der größte Teil der Mitglieder fest auf dem Boden unserer Republik steht und sich die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß die DDR ihr sozialistisches Vaterland ist.“ Allerdings war das marxistisch-leninistische Staatssystem noch längst nicht voll akzeptiert. 20 bis 30 % der CDU-Mitglieder akzeptierten die „führende Rolle“ der Partei der Arbeiterklasse, die zugleich eine „zunehmende Mitverantwortung der CDU“ erforderlich machen sollte¹⁶⁹, noch immer nicht.

Im Herbst 1989 sollte sich allerdings herausstellen, daß weder die systematische Mobilisierung der Menschen durch Parteien und Massenorganisationen noch die totale Überwachung ausreichten, um den Bestand des Staates zu sichern, nachdem die machtpolitischen Rahmenbedingungen zerfallen, die wirtschaftlichen Grundlagen zerstört und die ideologische Basis morsch geworden waren.

Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung sozialer Schichten in der DDR und der Durchführung der von der Partei beschlossenen Linie zur Verwirklichung der Bündnispolitik der Arbeiterklasse mit diesen sozialen Schichten“ im Nachlaß Ulbricht, in: IfGA.ZPA. NL 182/1134, Bl. 333.

¹⁶⁸ Wirth, Umgestaltung der DDR, S. 144.

¹⁶⁹ Bericht der Abteilung Befreundete Organisationen für Ulbricht vom 7. 11. 1968 (Akz. 62/Li/V) im Nachlaß Ulbricht, in: IfGA.ZPA. NL 182/1134.